Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 235 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Donnerstag, 6. Oktober 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Fünf-Mächte-Konferenz gescheitert

Aus Berlin, 5. Oktober, wird berichtet: Nach den letzten Londoner Meldungen scheint es nun, daß die Engländer auf die Abhaltung der Londoner Konferenz verzichten werden. Das ist nach Auffassung deutscher Kreise das Ergebnis der Herriot'schen Politik, die sich der Londoner Konferenz gegenüber genau so eingestellt hat, wie vorher zu der deutschen Forderung der Gleichberechtigung. Deutschland ist so weit entgegengekommen, daß es sogar bereit war, die Zuziehung anderer Mächte in Kauf zu nehmen, obgleich sich dadurch das Verhandlungsthema naturgemäß verschieben mußte. Wenn die Konferenz trotz dieser freundlichen Haltung Deutschlands scheitert, ehe sie überhaupt zustandegekommen ist, so also doch nur deshalb, weil Herriot es grundsätzlich ablehnt, auf die für Deutschland unerträglichen Behandlung zu verzichte.

Natürlich würde es für die Reichsregierung keine Ueberraschung bedeuten, wenn die Abrüstungskonferenz nun ohne Deutschland weitergeführt wird, wie es nach dem Scheitern des Macdonald'schen Vermittlungsversuches die Absicht der englischen Regierung zu werden scheint. Im Gegenteil kann man feststellen, daß die Reichsregierung damit von vornherein gerechnet hat. Das geht schon aus der bekannten offiziellen Erklärung Deutschlands hervor, in der es heißt, daß die deutsche Regierung die weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz mit Interesse verfolgen werde. Eine neue Lage würde also bei der Fortführung der Abrüstungskonferenz gegenüber dem, was wir erwartet haben, nicht eingetreten sein. Dabei ist man sich auch auf der Gegenseite darüber im klaren, daß die Abrüstungskonferenz ohne Deutschland ein Torso ist und niemals zu wirklich entscheidenden Ergebnissen gelangen kann, die geeignet sind, eine Befriedigung der Welt herbeizuführen. So ist offensichtlich auch die englische Auffassung zu bewerten, die ausdrücklich die Hoffnung unterstreicht, Deutschland doch noch wenigstens zu einem späteren Termin zur weiteren Mitarbeit bewegen zu können.

Die deutsche Stellungnahme zur englischen Einladung

Wie wir von unterrichteter Seite zu der am Dienstag überreichten Einladung durch den englischen Geschäftsträger zu einer Konferenz in London erfahren, ist bisher deutscherseits eine Antwort darauf noch nicht erteilt worden. Dies war schon deshalb nicht möglich, weil sich das Reichskabinett noch nicht mit der Frage beschäftigt und noch keinen Beschluß gefaßt hat. Bisher hat sich lediglich an die Ueberreichung der Einladung die in solchen Fällen übliche Besprechung mit dem überreichenden Diplomaten angeschlossen.

Wenn im Zusammenhang mit der Einladung nach London in einem Berliner Blatt davon die Rede ist, daß Deutschland auch für diese Konferenz nicht mindere Garantien verlangen müsse als für die Wiederbeteiligung an den Genfer Verhandlungen, so geht, wie es in einer Conti-Meldung heißt, diese Ansicht insofern an dem Kern der Dinge etwas vorbei, als ja doch die Londoner Konferenz erst die Klärung darüber bringen soll, ob unsere Bedingungen und Forderungen für eine Wiederbeteiligung an den Genfer Abrüstungsverhandlungen erfüllt werden. Deutschland muß lediglich, wie schon gestern ausgeführt ist, verlangen, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen in London, die ja nach der englischen Absicht an die Besprechungen des vergangenen Sommers anknüpfen sollen, auf einem anderen Boden stehen, als er in der französischen und englischen Antwortnote zu der deutschen Denkschrift zum Ausdruck kommt.

Deutschland verlangt also lediglich Sicherheiten für seine Beteiligung in London, wo ja die Frage der Gleichberechtigung erst erörtert werden soll. Es muß für Deutschland Voraussetzung sein, daß eindeutig das Thema der Londoner Konferenz festgelegt wird. Würden die Verhandlungen tatsächlich an die englische und französische Note anknüpfen, so würde die insbesondere in der englischen Note enthaltene Verdunkelung der Gleichberechtigungsfrage auch bei den Londoner Verhandlungen zutage treten.

Im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Londoner Einladung ist in der Oeffentlichkeit auch davon die Rede, daß anscheinend von Frankreich aus eine Beteiligung weiterer Staaten gefordert sein soll. Der englische Geschäftsträger hat bei der Ueberreichung der Einladung von einer solchen Ausdehnung der Konferenz über Deutschland, Frankreich, England, Amerika und Italien hinaus nichts mitgeteilt.

Eine Beteiligung weiterer Staaten wäre für Deutschland kein absolutes Hindernis. Es müßte dann nur klargestellt werden, daß sich dadurch das Thema der Konferenz nicht verschieben würde. Schon aus diesem Grunde muß Deutschland über die Aufgabe der Londoner Konferenz schon vorher Klarheit verlangen. Eine Konferenz, an der außer den erwähnten fünf Mächten etwa noch Polen, Belgien oder die Tschechoslowakei beteiligt wären, würde nicht mehr lediglich eine Besprechung der Gleichberechtigungsfrage sein können, sondern müßte dann das ganze Abrüstungsproblem anschneiden, und damit wäre die Londoner Konferenz sozusagen eine kleine Abrüstungskonferenz.

Ein amtlicher englischer Bericht

In einem am Dienstag in später Abendstunde veröffentlichten Bericht des Foreign Office heißt es: Die britische Regierung hat sich mit den Regierungen Frankreichs, Deutschlands und Italiens in Verbindung gesetzt, um sich zu vergewissern, ob die durch das Fernbleiben Deutschlands von der Abrüstungskonferenz hervorgerufenen Schwierigkeiten zum Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen ihnen gemacht werden könnten. Die Frage wird noch erwogen, aber die britische Regierung gab zu verstehen, daß sie, wenn dieses Verfahren möglich ist und allgemein gebilligt wird, bereit wäre, eine Konferenz zu diesem Zwecke in London zu veranstalten.

Wenn Herriot will, sollen auch Belgien und Polen eingeladen werden

Der Pariser Korrespondent der „Morning Post" behauptet, Sir John Simon habe Herriot bei der letzten Unterredung angeboten, die Einladung zur Londoner Konferenz auf Belgien und Polen auszudehnen, damit Frankreich sich nicht gegenüber Großbritannien, Deutschland und Italien isoliert fühle. Herriot habe das Anerbieten aber abgelehnt.

Was tut Herriot?

In den Pariser Blättern wird mehrfach an Herriot das Ersuchen gerichtet, dem englischen Vorschlag einer neuen Konferenz zur Behandlung des Fragenkomplexes „Gleichberechtigung und Abrüstung" aus dem Wege zu gehen. Einzelne Blätter glauben, über die Unterhaltung Herriots mit Sir John Simon mitteilen zu können, die bei der Durchreise des englischen Außenministers [illegible] gefunden hat.

[illegible] dem „Matin" hat Herriot zu dem englischen Vorschlag bisher weder Nein noch Ja gesagt, hat vielmehr verlangt, daß, ehe er sich [illegible] entscheidet, eine Reihe von Vorfragen [illegible] Diese drei Fragen werden [illegible] „Matin" angeführt. Wenn sie in dieser Form aufgeworfen sind, so hat Herriot damit eigentlich doch bereits zu dem Konferenzvorschlag Stellung genommen, und zwar in negativer Form. Dem „Matin" zufolge wünscht er zu wissen, ob man sich in London zunächst die Zustimmung Berlins gesichert habe. Ferner hat er die Frage aufgeworfen, in welchem Geist das Kabinett Papen eintretendenfalls bereit sei, an der Konferenz teilzunehmen. Wenn dies zutrifft, würde es darauf hinauslaufen, daß Deutschland sich, noch ehe es sich an den Konferenztisch setzt, bereits vorher die Hände binden soll. Schließlich möchte Herriot wissen, ob Deutschland die Bedingung aufrechterhalte, die es für seine Beteiligung an der Abrüstungskonferenz gestellt hat. Dem „Matin" zufolge hat Herriot den englischen Außenminister aufgefordert, sich hierüber mit Berlin ins Einvernehmen zu setzen. Erst wenn Frankreich eingehend unterrichtet sei, werde es zu dem englischen Vorschlag Stellung nehmen.

„Journal" will von zwei weiteren Bedingungen Herriots wissen. Die erste wäre, daß die angeregte Konferenz in Genf, und nicht, wie geplant, in London stattfindet, die zweite, daß auch Belgien und Polen zugezogen werden.

Nach dem „Echo de Paris" scheint Herriot übrigens gar nicht mehr Herr seiner Entscheidung zu sein. Das Blatt behauptet, daß er sich in Genf am Donnerstag vergangener Woche in der Sitzung mit den Vertretern der Kleinen Entente, Polens und Belgiens gebunden habe. Er habe dort Gedankengänge entwickelt, die aber auch gar nichts mit denen gemeinsam hätten, die jetzt in London erörtert würden. Soweit könne Herriot nicht gehen, daß er sich selbst desavouiere. Davon abgesehen aber könne er auch bei einem Eingehen auf den englischen Vorschlag nichts gewinnen, außer wenn er gewillt sei, die höchsten Interessen der nationalen Verteidigung preiszugeben.

Lebhafte Erörterung in Genf

Aus Genf, 5. Okt., wird berichtet: Die Einberufung einer Fünfmächte-Konferenz zur Erörterung der Gleichberechtigungsfrage wurde heute vormittag in Völkerbundskreisen lebhaft erörtert. Es heißt, daß die Einberufung dieser Konferenz bei den kleineren Staaten nicht sehr günstig beurteilt werde. Man spricht davon, daß eventuell ein Kollektivschritt der kleineren Mächte in dieser Angelegenheit zu erwarten sei.

In London zweifelt man an dem Zustandekommen des Planes

Das Wolffbüro meldet aus London, 5. Okt.: Der heute abend in unterrichteten britischen Kreisen vorherrschende Eindruck in der Frage einer Londoner Konferenz scheint dahin zu gehen, daß infolge der ablehnenden Haltung der französischen Regierung und des von deutscher Seite eingenommenen Standpunktes eine Beteiligung dieser beiden Länder kaum in Aussicht steht, und daß der Gedanke dieser Konferenz daher wohl aufgegeben werden muß.

Während bisher stets die Auffassung vertreten wurde, daß eine Fortsetzung der Abrüstungskonferenz ohne Beteiligung Deutschlands undenkbar sei, äußert man jetzt die Ansicht, daß die Arbeiten dieser Konferenz unbedingt fortgesetzt werden müssen, und daß, ebenso wie bei den Erörterungen des Abrüstungsbüros, die deutsche Nichtbeteiligung in Kauf genommen werden müsse. Man hofft, daß der weitere Gang der Abrüstungskonferenz eine Lage schaffe, die es Deutschland ermöglicht, seine Mitarbeit am Abrüstungswerk mit seinen Wünschen zu vereinen.

Die Bürgersteuer für 1933

Die Bürgersteuer ist für das Jahr 1933 durch Reichsverordnung neu geregelt worden. Die Steuer, die bisher in sechs Monatsraten erhoben wurde, ist nunmehr auf eine Jahressteuer umgestellt und gelangt ab 1. Januar 1933 in 12 Monatsraten zur Erhebung. Für die Ehefrau wurde zur Bürgersteuer bisher ein Zuschlag von 50 v. H. erhoben. Dieser Zuschlag fällt nunmehr fort, so daß die Steuer für Verheiratete und Ledige in gleicher Höhe zur Erhebung gelangt. Der einfache Satz der Bürgersteuer beträgt, wie bisher, 6 RM., also auf den Monat gerechnet, nicht wie in den ersten Monaten 1932 1 RM. bzw. 1,50 RM. für Verheiratete, sondern für alle Steuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 4500 RM.: 0,50 RM.

In der Verordnung des Reichsministers für Finanzen vom 28. September 1932 ist nunmehr bestimmt worden, daß alle Gemeinden, die die Reichshilfe für Wohlfahrtserwerbslose in Anspruch nehmen wollen, mindestens 500% der Bürgersteuer 1933 beschließen müssen.

Der verheiratete Steuerpflichtige hätte, nach den bisher geltenden Bestimmungen monatlich 4,50 RM. Bürgersteuer zu entrichten. Er wird am 1. Januar 1933 bei 500% Bürgersteuer nach den neuen Bestimmungen monatlich 2,50 RM. zu zahlen haben. Der ledige Steuerpflichtige hatte auf Grund der früheren gesetzlichen Bestimmungen bei 300% Bürgersteuer monatlich 3 RM. zu zahlen, in Zukunft monatlich 2,50 RM., so daß auch seine monatliche Steuerleistung herabgesetzt wird.

Als wesentlich ist noch zu berücksichtigen, daß auch die Einkommensgrenze, die die Bürgersteuerpflicht auslöst, eine Veränderung erfahren hat. Die Steuerfreigrenze lag bisher einheitlich bei 500 RM. Jahreseinkommen. Sie wird in Zukunft örtlich verschieden sein, und zwar deswegen, weil als künftige Freigrenze die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge Geltung haben sollen.

Um die Arbeit

Die Schlichter beim Arbeitsminister

Dem Reichsarbeitsminister berichteten die Schlichter über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die allgemeine Meinung war, daß die stellenweise sich ergebenden Schwierigkeiten, die übrigens in der Oeffentlichkeit übertrieben würden, keinen Anlaß geben, an der Verordnung oder an den Weisungen, die bisher den Schlichtern erteilt worden sind, zu ändern.

Da jetzt auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie wirksam geworden ist, rechnen die Schlichter mit zahlreichen Neueinstellungen von Arbeitern für die nächste Zeit.

Einstellungen

Im Bezirk des Schlichters für **Westfalen** wurden einschließlich 5. Oktober 5529 Arbeitskräfte neu eingestellt. Unter dieser Ziffer befinden sich 250 Arbeitskräfte, die bei dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch eingestellt wurden, ferner 150, die bei der Zigarrenfabrik Georg Meier in Löhne zur Einstellung kamen.

Wie der Schlichter für **Berlin-Brandenburg** meldet, sind in seinem Bezirk am 4. und 5. Okt. 1932 rund 500 Neueinstellungen erfolgt.

Einstweilige Verfügung gegen den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter

Wie der Verband der Buchbindereibesitzer Deutschlands mitteilt, ist in Sachen eines Lohnstreikes bei der Leipziger Großbuchbinderei Sieke u. Co. vom Amtsgericht Berlin gegen den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Berlin, eine einstweilige Verfügung erlassen worden, in der dem Antragsgegner verboten wird, den in den Streik getretenen Arbeitnehmern der Firma die direkte oder indirekte tätliche, moralische und finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ferner wird dem Antragsgegner aufgegeben, es zu unterlassen, den Streik weiter zu organisieren und durchzuführen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß bei der bestreikten Firma der tarifliche Zustand durch Aufforderung der Mitglieder nach Wiederaufnahme der Arbeit wieder hergestellt wird.

Arbeiterentlassungen in der Gladbach-Rheydter Textilindustrie

Wie dem RWP.-Dienst aus Gladbach-Rheydt von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, sind seit dem 24. September in vier Betrieben etwa 200 Arbeiter entlassen worden. Weitere Entlassungen sollen im Laufe des Oktobers folgen.

Der Hamburger Verkehr wieder in Gang

Nachdem die den Streik der Hamburger öffentlichen Verkehrsmittel führenden Vertrauensleute des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes infolge der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs den Abbruch des Streiks beschlossen und auch die Kommunisten die Streikaufforderung an ihre Mitglieder zurückgezogen hatten ist Mittwoch früh der Betrieb auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln Hamburgs nach viertägiger Stillegung wieder aufgenommen worden.

Reichstagsvizepräsident Esser über Handwerkswünsche

In Gemünd (Eifel) fand gelegentlich einer Jubiläumsausstellung eine Kundgebung des Handwerks des Kreises Schleiden statt. Hierbei hielt Reichstagsvizepräsident Esser, der Vorsitzende des Rheinischen Handwerksbundes, ein längeres Referat über die Grundforderung des deutschen Handwerks. Er hob hervor, das Handwerk müsse sich in erster Linie von allem lähmenden Pessimismus freimachen und mit der Hoffnung und dem Kampfesmut in die Zukunft schauen. Aus der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft müsse das herausgeholt werden, was sich für das Handwerk günstig auswirken könne. Im übrigen fordere das Handwerk gegenüber den Großbetrieben gleiche Berücksichtigung. Vor allem verlange es einen Vertreter des gewerblichen Mittelstandes in der Reichsregierung zur baldigen Durchsetzung der Forderungen des Handwerks. Einträchtiges Zusammenarbeiten aller Handwerksorganisationen sei unbedingtes Erfordernis.

Innenpolitisches

Schul- und Kirchenfragen im Unterrichtsausschuß des Landtags

Der Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Erlaß der kommissarischen Regierung, der

das kirchliche Recht der Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht

für die Volks- und Mittelschulen festlegt. Annahme fand ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die Durchführung des Erlasses über das Recht kirchlicher Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht solange ausgesetzt werden soll, bis man mit den Elternverbänden und Lehrerorganisationen verhandelt habe.

Der deutschnationale Antrag, die

Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles in den Schulen

in Form eines Katechismus zu verteilen, wurde gegen Antragsteller und Nationalsozialisten abgelehnt. Der Ablehnung verfiel auch ein vorher dazu gestellter nationalsozialistischer Aenderungsantrag, wonach in diesem Schulkatechismus die kapitalistische und machtpolitische Einstellung des Versailler Vertrages betont werden sollte.

Abgelehnt wurde ein nationalsozialistischer Antrag, sofort alle Maßregelungen rückgängig zu machen, die gegen Schüler wegen der

Zugehörigkeit zum nationalsozialistischen Schülerbunde

verhängt worden waren.

Ein nationalsozialistischer Antrag auf Gewährung von

Fahrpreisermäßigungen für Junglehrer

zur Erleichterung der Reise in die Heimat wurde angenommen, und zwar, auf deutschnationale Anregung, in der Fassung, daß nötigenfalls den Junglehrern ein Zuschuß gegeben werden solle

Keine Notverordnung auf sittenpolizeilichem Gebiet

Zu den Meldungen über eine beabsichtigte Notverordnung gegen die Prostitution erfahren wir aus preußischen Regierungskreisen, daß angesichts der Entwickelung auf diesem Gebiete die Polizei Ueberlegungen angestellt hat, ob die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausreichend sind. Es ist in preußischen Regierungskreisen beabsichtigt, an das Reichsministerium des Innern mit der Anregung heranzutreten, alle diese Dinge einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Wenn in diesem Zusammenhang von einer Notverordnung gesprochen wird, so gehen diese Behauptungen weit über das Ziel hinaus.

Auswärtiger Ausschuß ohne Regierungsbeteiligung?

Nachdem durch einen Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.), und dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath klargestellt worden ist, daß die Vertreter der Reichsregierung sich an der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am kommenden Dienstag nicht beteiligen dürften, wird in parlamentarischen Kreisen die Frage erörtert, ob es unter diesen Umständen überhaupt einen Sinn hätte, im Auswärtigen Ausschuß zu verhandeln. Aus sozialdemokratischen Kreisen wird dem VdZ. erklärt, daß man es für zweifelhaft halten müsse, ob eine Aussprache im Auswärtigen Ausschuß ohne die Regierung irgendeinen Zweck habe. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses werden vor Zusammenkunft des Ausschusses noch über diese Frage beraten. Daß Reichstagspräsident Göring noch vor Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses die von der Reichsregierung verlangte Erklärung über die Rechtsunwirksamkeit der Abstimmungen im Reichstag abgeben werde und damit die Voraussetzungen erfülle, unter denen die Reichsregierung in den Zwischenausschüssen des Reichstages mitarbeiten wolle, gilt als unwahrscheinlich.

Noch kein Entwurf für die Verfassungsreform

Entgegen anders lautenden Blättermeldungen wird dem VDZ-Büro von gut unterrichteter Stelle erklärt, daß bisher im Reichsinnenministerium der Entwurf für die viel erörterte Reform der Reichsverfassung noch nicht fertiggestellt sei. Man könne damit rechnen, daß noch mehrere Wochen vergehen werden, ehe der Entwurf vorliege. Beraten werde über die Verfassungsreform schon seit einiger Zeit, ohne daß man bisher zu positiven Mitteilungen über den endgültigen Inhalt der Reform Anlaß und Berechtigung habe. Allerdings sei ja die Verkleinerung der Zahl der preußischen Staatsministerien schon angedeutet worden. Mit ziemlicher Sicherheit könne man nunmehr sagen, daß die Heraufsetzung des Quotienten für die bevorstehende Reichstagswahl nicht erfolgen werde, obwohl sie an sich ohne verfassungsrechtliche Schwierigkeiten einfach durch eine Aenderung des Reichswahlgesetzes möglich wäre. Es wird also diesmal dabei bleiben, daß auf je 60 000 Stimmen ein Reichstagmandat entfällt, was vor allem von den Mittelparteien begrüßt werden dürfte.

Professorenaufmarsch bei der „Preuklage" in Leipzig

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, wird auch Professor Anschütz, der bekannte Heidelberger Rechtslehrer und Verfasser des grundlegenden Kommentars der Reichsverfassung, nach Leipzig kommen, um sich an der Vertretung Preußens vor dem Staatsgerichtshof zu beteiligen. Preußen wird also außer durch die beiden Ministerialdirektoren Brecht und Badt durch die Universitätslehrer Anschütz, Heidelberg, und Giese, Frankfurt (Main), vertreten. Für die verden besonders klagenden Landtagsparteien Zentrum und Sozialdemokratie werden wieder die Professoren Peters und Heller auftreten.

Der Deutsche Nationalverein zur Reichstagswahl

Der Vorstand des Deutschen Nationalvereins gibt zur kommenden Reichstagswahl seinen Freunden Richtlinien, in denen es heißt:

„Der Deutsche Nationalverein hat vor dieser Reichstagswahl den Versuch gemacht, die Parteien der bürgerlichen Mitte zusammenzuführen, um erneuter Zersplitterung vorzubeugen. Dieser Versuch ist mißlungen. Eigene Wahlbeteiligung an der kommenden Reichstagswahl lehnt der Deutsche Nationalverein ab. Der Deutsche Nationalverein erwartet aber von seinen Mitgliedern und Freunden, daß sie in ihrem bisherigen Wirkungskreis alles daran setzen, um zu verhindern, daß der Wahlkampf in der Hauptsache mit Erbitterung zwischen den Splittern der Mitte geführt wird. Der Kampf hat den radikalen Parteien rechts und links zu gelten."

Reichspropagandatagung der NSDAP

In München begann die dreitägige Reichspropagandatagung der NSDAP. gleichzeitig mit einer Pressetagung der Parteiverbände. Die gemeinsame Sitzung wurde, wie die Reichspressestelle der NSDAP. mitteilt, vom Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer eröffnet. Ohne Rückhalt im Volke, so sagte Straßer u. a., gebe es keine wirkliche Regierung. Wenn die heute noch regierenden Herren wirklich überzeugt wären, daß das nationalsozialistische Programm schon nach sechs Wochen scheitern müßte, warum hätten sie dann eine solche Angst vor den Nationalsozialisten? Aber die Drahtzieher wüßten nur zu genau, daß das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm, wenn die NSDAP. regiere, nicht scheitern, sondern daß eine nationalsozialistische Regierung es auch durchführen werde. Das jüdisch-liberalistische System, das sich aus Furcht vor dem Nationalsozialismus in die Arme der Reaktion werfe, wisse, daß man vor der grundlegendsten geistig revolutionären Entscheidung stehe, die jemals das deutsche Volk zu fällen hatte. Der innere seelische und geistige Aufbruch des deutschen Volkes sei da als das sichtbare äußere Ergebnis des Kampfes Hitlers und seiner Bewegung

Kleine Meldungen

Acht Menschen ertrunken. Im Finnischen Meerbusen hat ein Schiffsunglück acht Menschenleben gefordert. Ein Schiff erbat von dem russischen Dampfer „Prijemny" einen Lotsen. Ein mit acht Personen besetztes Boot wollte den Lotsen hinüberbringen. Das Boot stieß jedoch mit dem Dampfer zusammen und sank. Alle acht Insassen ertranken.

In den Abgrund. In den Bergen bei Venedig stürzte ein Kraftwagen mit sieben Insassen in der Dunkelheit bei einer schmalen Kurve in einen 500 Meter tiefen Abgrund. Drei Personen wurden getötet.

Wasserkatastrophe. Aus Serajewo wird gemeldet: Infolge heftiger Regengüsse wurde das Dorf Slatina durch eine Ueberschwemmung verwüstet. Mehrere Häuser stürzten ein. Bis jetzt sind vier Tote und sieben Verletzte gemeldet.

Deutsch-belgische Aussprache über Eupen-Malmedy

Die belgische Regierung hat bei dem deutschen Gesandten in Brüssel gegen die Sympathieerklärung deutscher Kabinettsmitglieder für die Krefelder Kundgebung der Landsmannschaften von Eupen-Malmedy und Monschau Einspruch erhoben. Gesandter Graf Lerchenfeld hat bei einer eingehenden Aussprache mit dem belgischen Ministerpräsidenten den deutschen Standpunkt in dieser Frage nachdrücklich vertreten und insbesondere zum Ausdruck gebracht, daß die Frage Eupen-Malmedy für Deutschland mit der jetzigen Regelung, die keine sinngemäße Ausführung des Versailler Vertrages darstelle, in keiner Weise erledigt sei.

Die ostasiatischen Probleme

Japans Memorandum an den Völkerbund

Ueber den Inhalt des geplanten japanischen Memorandums an den Völkerbund glaubt das Blatt „Hochi" berichten zu können, daß darin ausgeführt werde, der einzige Weg, zu einem dauernden Frieden im Fernen Osten und zu einer endgültigen Regelung der Mandschurei-Frage zu gelangen, sei der, anzuerkennen, daß sich der Mandschu-Staat in einer gesunden Entwicklung befinde. Die einzige Gefahrenquelle, die zu einer Friedensstörung im Fernen Osten führen könne, liege in der verwickelten politischen Lage Chinas, das kein einheitlicher Staat mehr sei.

Der Kampf gegen das mandschurische Banditentum

Wie die mandschurischen Militärbehörden mitteilen, sind 500 Banditen bei einem Vormarsch an den Nonni-Fluß getötet worden. Der Rest, der nach dem überschwemmten Gebiet geflohen sei, wurde von japanischen Bombenflugzeugen verfolgt. Die Militärbehörden behaupten, daß die Banditen aus dem gesamten Gebiet von Tschangschun vertrieben worden seien. Ein weiterer großer Vormarsch soll binnen kurzem im Gebiet von Kirin unternommen werden.

Griechenland feiert die Einigung seiner politischen Parteien

Aus Athen, 4. Okt., wird berichtet: Der Präsident der Republik hat an den Führer der Volkspartei, Tsaldaris, ein Telegramm gerichtet, in dem er seine große vaterländische Gesinnung und diejenige der großen von ihm geführten Partei anerkennt. Das Bekenntnis der Volkspartei zur Republik, so fügt Präsident Zaimis hinzu, werde mit goldenen Lettern in der Geschichte Griechenlands verzeichnet sein.

Die Zeitungen melden, daß Präsident Zaimis jetzt seine Bemühungen auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einigung richten werde.

Ministerpräsident Venizelos erklärte Pressevertretern: Ich hätte nicht sterben mögen, ohne die Einigung des griechischen Volkes wiederhergestellt zu sehen. Was auch die Zukunft bringen mag, die Tatsache, daß auch die zweitgrößte Partei des Landes die Republik anerkannt hat, ist von außerordentlicher Bedeutung.

Der Erzbischof von Athen ist von den Vertretern der Glaubensgemeinschaften gebeten worden, Dankgottesdienste in allen Kirchen anzuordnen, um die Wiederherstellung der Einigkeit des griechischen Volkes zu feiern. Es soll ein großes Bankett veranstaltet werden, an dem der Präsident der Republik und alle Parteiführer sowie sämtliche Abgeordneten und Senatoren teilnehmen werden. Ministerpräsident Venizelos hat angeordnet, daß das Ergebnis auch in allen Schulen Griechenlands am nächsten Sonnabend gefeiert werde. Man rechnet jeden Augenblick mit der Auflösung der Militärliga.

*

Aus Athen, 5. Okt., wird gemeldet: Die Militärliga, eine Offiziersvereinigung, der in letzter Zeit immer wieder Putschabsichten zugeschrieben wurden, ist, wie heute amtlich mitgeteilt wird, aufgelöst worden.

Das geplante politische Versöhnungsbankett wird wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Notlage des Erdbebengebiets abgesetzt werden.

Der Vatikan zur Ausweisung des apostolischen Nuntius aus Mexiko

Zu der gewaltsamen Ausweisung des apostolischen Nuntius saus Mexiko bemerkt das Blatt des Vatikans, der „Osservatore Romano": Während sich die letzte Enzyklika des Papstes bemühte, an Hand von Tatsachen die religiöse Lage der mexikanischen Katholiken darzulegen und ihnen Richtlinien für ihr Verhalten zu geben, nehme das die mexikanische Regierung zum Vorwand, um den päpstlichen Legaten auszuweisen. Damit sei unwiderleglich der ernste Grund für das maßvolle und objektive Dokument bewiesen.



Ruiz y Flores,
der päpstliche Legat in Mexiko

Neuer Personalschub

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das Preußische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1932 Personalveränderungen beschlossen. Wir entnehmen den Beschlüssen:

Mit der kommissarischen Verwaltung der **Oberpräsidenten** werden beauftragt in Königsberg Regierungspräsident a. D. Kutscher, in Breslau der Landrat in Reichenbach Graf von Degenfeld, in Kiel der Vizepräsident des Oberpräsidiums Kiel, Dr. Thon, in Kassel der Kurator der Universität Marburg Geheimer Oberregierungsrat Dr. Dr. Dr. von Hülsen.

Der frühere **Vizepräsident** der Regierung in Merseburg, Fehrmann, wird zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Magdeburg ernannt. Der bisher mit der Vertretung des Vizepräsidenten beim Oberpräsidium der Provinz Sachsen in Magdeburg beauftragte Landrat Mengel wird in gleicher Amtseigenschaft dem Oberpräsidium der Provinz Brandenburg in Berlin-Charlottenburg zur Verfügung gestellt. Der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Koblenz, Guske, wird beurlaubt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Koblenz wird vertretungsweise Oberregierungsrat Flach vom Oberpräsidium daselbst beauftragt.

Der Regierungspräsident in Erfurt, Dr. Freysing, wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Zu kommissarischen Regierungspräsidenten werden ernannt: in Stettin der Landrat in Itzehoe, Göppert, in Magdeburg der Ministerialrat im preußischen Finanzministerium Zachariae, in Erfurt der Ministerialdirigent im preußischen Ministerium des Innern, Bachmann, in Münster der frühere Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Pünder.

Regierungspräsident Dr. Abegg in Schleswig wird auf seinen Wunsch in gleicher Eigenschaft in einem Regierungsbezirk in Mitteldeutschland verwendet werden. Als sein Nachfolger ist der Landrat in Flensburg Dr. Wallroth in Aussicht genommen. Er wird ihn auch während eines bereits genehmigten Urlaubs vertreten.

Der **Regierungsvizepräsident** in Erfurt, Fischenich, wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt, aber gleichzeitig mit der vertretungsweisen Verwaltung des Kreises Grevenbroich-Neuß beauftragt. Zum Regierungsvizepräsidenten in Erfurt wird der Landrat des Kreises Grevenbroich-Neuß von Chamier-Gliseinski ernannt.

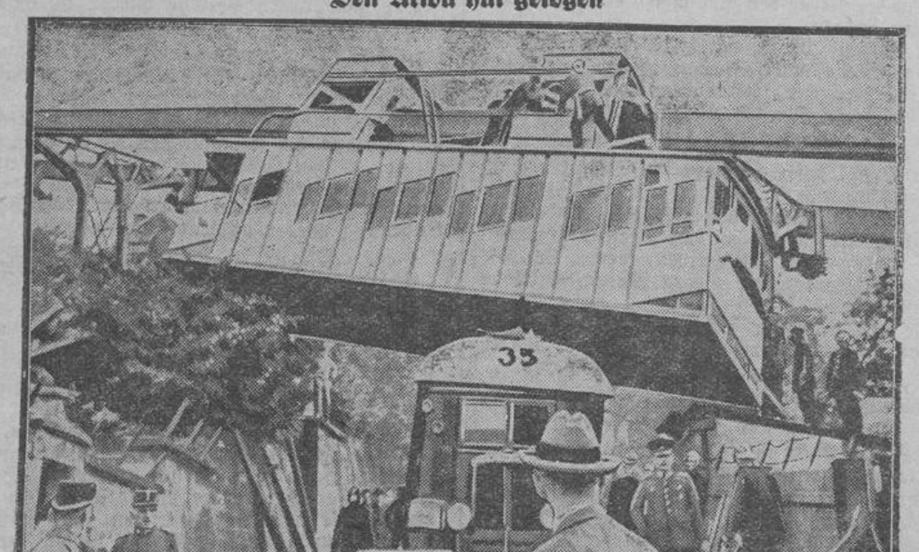


Dr. Pünder,
der frühere Staatssekretär der Reichskanzlei, wurde zum Regierungspräsidenten von Münster ernannt.

Von den durch das Preußische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1932 beschlossenen Personalveränderungen sind für **Rheinland und Westfalen** folgende zu erwähnen:

Der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Koblenz, **Guske,** wird beurlaubt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Koblenz wird vertretungsweise Oberregierungsrat **Flach** vom Oberpräsidium daselbst beauftragt. Zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Münster wurde der frühere Staatssekretär in der Reichskanzlei, **Dr. Pünder,** ernannt. — Zu Polizeipräsidenten werden ernannt die bisherigen kommissarischen Polizeipräsidenten in Essen Polizeipräsident **Dr. Wiesmann,** in Köln Polizeikommandeur **Lingens** und in Kassel Regierungsrat **von Kottwitz.** — Der Generalstaatsanwalt und Präsident des Strafvollzugsamtes in Marienwerder, **Wichmann,** wird als Generalstaatsanwalt an das Oberlandesgericht in Düsseldorf versetzt.

Ben Akiba hat gelogen



denn so etwas war tatsächlich noch nie da: an der einzigen Straßenkreuzung der Loschwitzer Schwebebahn in Dresden stieß die Bahn mit einem zu hohen Möbelwagen zusammen. Das Dach des Wagens wurde zertrümmert, während die Bahn sich aus ihrer Führungsleitung hob. Erst nachdem man das Dach des Möbelwagens abgerissen hatte, konnte die Bahn freikommen und ihren Betrieb wieder aufnehmen

Der Paneuropa-Kongreß

Mit einer Vollsitzung am Dienstagabend hat der Paneuropa-Kongreß seine Arbeiten zu Ende geführt. Die Präsidenten der zwölf Kommissionen verlasen ihre Resolutioen, die sich im wesentlichen mit den Referaten der früheren Versammlungen deckten. Neu ist der Vorschlag, eine

europäische Akademie

bestehend aus Vertretern der europäischen Kunst und Wissenschaft,

als Ausdruck der großeuropäischen Kulturgemeinschaft

zu gründen. Sie wird sich durch Kooptierungen binden und eine periodische Druckschrift veröffentlichen. Ferner soll eine

Jugendzentrale

mit dem Sitz in der Schweiz ins Leben gerufen werden, von der aus die Landesorganisationen, die Mitglieder von 15 bis 25 Jahren umfassen sollen, zu leiten sind, mit der Aufgabe, edelstes Europäertum mit nationaler Eigenart, Disziplin und Kameradschaft sowie Weitervererbung in allen Schichten der Bevölkerug zu pflegen.

In seiner Schlußrede teilte Graf Goudenhove-Kalergi mit, daß sofort eine Rundfrage zur Ausarbeitung einer

Verfassung für die vereinigten Staaten von Europa

nach dem Vorbilde der Schweiz durchgeführt werde soll. Vorgesehen ist die Schaffung eines Heeres, eines obligatorische Gerichtshofes zur Schlichtung der Streitigkeiten sowie vollständige Gleichheit der Mitgliedsstaaten und Schutz der Minderheiten. Es soll nicht wie im Völkerbund ein Unterschied zwischen kleinen und großen Staaten gemacht werden. Besondere Bestimmungen sind für die Benützung von

Rhein und Donau

durch ihre Uferstaaten vorgesehen. Diese beiden Ströme bilden die Hauptsache von Europa, in deren Schnittpunkt Basel liegt. Graf Coudenhove-Kalergie wandte sich eindringlich an die Frauen und an die Jugend, mitzuhelfen an dem großen Werk. Paneuropa sei die Freiheit. Mit der Aufforderung, jeder Teilnehmer möge für Paneuropa das leisten, was er könne, löste der Redner, dem lebhafter Beifall gespendet wurde, Versammlung und Kongreß auf.

Der Völkerbund und sein Personal

Der Budgetausschuß der Völkerbundsversammlung hat nach mehrtägigen Beratungen eine Entschließung über

die Gehälter der Völkerbundsbeamten

angenommen. Die von England und Deutschland erhobene Forderung einer allgemeinen Herabsetzung der Gehälter im Sekretariat konnte sich nicht durchsetzen. Es wurde insbesondere von seiten des Generalsekretärs des Völkerbundes und des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes der Standpunkt vertreten, daß eine Herabsetzung nur mit Zustimmung des Personals möglich sei. Man hat beschlossen, die Ansicht eines Juristenkomitees über diese Frage einzuholen.

Im Budgetausschuß hat dann die Debatte über

die Reform der obersten Leitung des Völkerbundssekretariats

begonnen. Der schwedische Delegierte stellte den Antrag auf Abschaffung der Untergeneralsekretäre. Sir Eric Drummond verteidigte die Einrichtung der Untergeneralsekretärposten, die ein Bindeglied zwischen dem Generalsekretär und den Großmächten über die internationale Zusammenarbeit der ganzen Welt sei.

Die Frage ist deshalb sehr wichtig, weil es sich hier in entscheidender Weise um den künftigen Einfluß Deutschlands in der obersten Leitung des Völkerbundssekretariats handelt.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Unglückschronik

Während einer Versammlung durch Herzschlag getötet

Der Fischdampferkapitän Johannes Ney sprach in Wesermünde in einer Versammlung der Fischdampfer-Kapitäne und Steuerleute über die Streiklage. Er muß dabei in großer innerer Erregung gewesen sein, denn als er seine Rede beendet hatte, brach er plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende bereitet.

Tödliches Flugzeugunglück

Im Mannheimer Flughafen ereignete sich ein tödliches Flugzeugunglück. Der 24 Jahre alte Pilot Gauß, der mit einem Privatflugzeug, das früher in Kriegsdiensten gestanden hat, aufgestiegen war, drehte in 800 Meter Höhe einen Looping. Als er aus dem Looping herauskam, war die Maschine in starker Fahrt. Es gelang dem Piloten, die Maschine, deren Tragflächen bereits flatterten (ein Vorzeichen des Flügelbruches) wieder anzuziehen, er beging jedoch die Unvorsichtigkeit, vor dem Abspringen mit dem Fallschirm die Anschnallgürtel mit einem Draht zu befestigen. Inzwischen war das Flugzeug von 600 auf 80 Meter heruntergekommen. Der Fallschirm funktionierte tadellos; jedoch war die Höhe zu gering, so daß Gauß schwer auf das Gelände niedersauste und so schwere Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

4 Tote bei einem Autobusunfall in Polen

Bei Dieradz im westlichen Kongreßpolen geriet ein Autobus infolge Federbruches beim Passieren einer Brücke ins Schleudern, durchbrach das Brückengeländer und stürzte aus 15 Meter Höhe in die Rzeglina. Vier Insassen wurden getötet, sechs schwer verletzt.

Charlie Chaplin an Fleischvergiftung erkrankt

Aus Hollywood wird berichtet: Charlie Chaplin ist erkrankt, angeblich an einer Fleischvergiftung.

Hoover vor den Farmern

Das Reuterbüro berichtet aus Des Moines (Jova), 4. Oktober: Präsident Hoover begann heute mit seinem großen Versuch, die verschuldeten Farmer des ausgedehnten Landwirtschaftsgebietes des mittleren Westens davon abzuhalten, zur demokratischen Partei überzugehen. Ein Zwischenfall bewies die Notwendigkeit dieses Wahlfeldzuges. Tausende von Männern, Frauen und Kindern durchzogen die Straßen der Stadt und demonstrierten gegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Im Zuge wurden Tafeln mit Aufschriften gegen Hoover getragen.

In seiner ausführlichen Rede verteidigte Hoover seine Bemühungen im Kampfe gegen die Krise, die, wie er wiederholte, in erster Linie durch den Krieg sowie durch den Nationalismus und durch die Unstabilität der europäischen Verhältnisse verursacht worden sei. Der Redner betonte die Gefahr der finanziellen und wirtschaftlichen Panik, die zu Beginn des Jahres 1932 den Vereinigten Staaten drohte, und gab bekannt, daß kurz vor der Revision des Golddeckungsverhältnisses im Februar d. J. der Schatzkanzler ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß die Vereinigten Staaten infolge der lawinenartigen ausländischen Geldrückzüge und der Thesaurierung privater Gelder in Amerika den Goldstandard noch 14 Tage aufrecht erhalten könnten.

Hoover betonte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Stabilität der amerikanischen Währung und kam darauf zu sprechen, wie notwendig es sei, für die Stabilität der gesamten Weltverhältnisse zu sorgen. Er hob die Wichtigkeit dieser Aufgabe für die Erhaltung und Ausbreitung der wirtschaftlichen Absatzmärkte hervor.

Weltstabilität erfordere den Wiederaufbau des Kredits bei allen Nationen. Solange dies nicht geschehen sei, werde die Blockade gegen den amerikanischen Außenhandel, insbesondere den in landwirtschaftlichen Produkten, weiter bestehen.

Hoover entwickelte dann sein Programm zur Lösung des Kriegsschuldenproblems. Alle Jahreszahlungen aus diesem Titel sollten dazu verwandt werden, um die Ausbreitung der ausländischen Absatzmärkte für amerikanische landwirtschaftliche Produkte zu sichern.

Ich billige eine Annullierung dieser Schulden nicht — betonte Hoover — und vor allem billige ich den Vorschlag meiner Gegner nicht, den Zolltarif herabzusetzen, weil dann die Ueberschwemmung unseres Marktes durch Auslandswaren unsere Arbeiter brotlos machen würde und unsere Farmer gezwungen wären, ihre Erzeugnisse in den Scheunen verfaulen zu lassen. Die wirkliche Basis für die Sicherheit der amerikanischen Landwirtschaft ist ein Schutzzolltarif für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Wo es zum Schutze der Landwirtschaft nötig sein sollte, werden wir diesen Tarif ausdehnen.

Der Redner sagte zum Schluß, das Vertrauen sei jetzt wiederhergestellt; hauptsächlich dank den Maßnahmen der Regierung. Aus dem Ausland seien 275 Millionen Dollar Gold wieder in die Vereinigten Staaten geflossen, und von den 1½ Milliarden, die von amerikanischen Privatleuten thesauriert waren, seien ein beträchtlicher Teil den Banken zugeleitet worden.

Der englische Unterstaatssekretär Eden sieht weltwirtschaftliche Besserung

Im Wirtschaftsausschuß der Völkerbundsversammlung entwickelte sich eine Aussprache, in der zahlreiche Redner sich optimistisch über die künftige Weltwirtschaftskonferenz äußerten.

Der Vertreter Großbritanniens, Unterstaatssekretär Eden, erklärte, es lägen bestimmte Anzeichen dafür vor, daß sich eine Besserung der Weltwirtschaftskrise anbahne. Diese allmähliche Entspannung stünde zweifellos im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz von Lausanne. Es könnte schon ein gewisses Anziehen der Großhandelspreise bemerkt werden. Er sei der Meinung, daß dies der Anfang einer allgemeinen Besserung sein könnte.

Die Ergebnisse der Konferenz von Ottawa würden zweifellos zur Entwicklung des allgemeinen Warenverkehrs beitragen. Es sei aber notwendig, daß die gegenwärtigen Hemmnisse im internationalen Warenverkehr allmählich abgebaut würden.

Die Fehlbeträge Englands und der Vereinigten Staaten

Ueber 104 Millionen Pfund Sterling Halbjahrsdefizit in England

Die staatlichen Einnahmen in England während der ersten Hälfte des Haushaltsjahres, die am 30. September zu Ende war, betrugen rund 268,5 Millionen Pfund Sterling. Die Ausgaben in der gleichen Zeit beliefen sich auf rund 372,6 Millionen Pfund Sterling, sodaß ein Defizit von über 104 Millionen Pfund gegenüber einem Defizit von über 118 Millionen Pfund gegenüber dem ersten Halbjahr des letzten Haushaltsjahres vorhanden ist.

Starker Rückgang der englischen Verkehrseinnahmen

In London haben die Verhandlungen zwischen den vier großen Eisenbahngesellschaften und den Eisenbahngewerkschaften über die geplante Herabsetzung der Löhne begonnen. Die Gesellschaften, die ihre Forderungen mit der enormen Verminderung der Verkehrseinnahmen begründen, verlangten, daß die bisherigen Kürzungen von 2½ Prozent auf 10 Prozent erhöht würden. Die Einnahmen in den ersten 37 Wochen des Jahres waren um 10 Millionen Pfund niedriger als im Vorjahre, wo bereits ein Rückgang um 14,3 Millionen verzeichnet wurde.

402 320 914 Dollar Defizit im USA.-Haushalt

Der Haushalt der Vereinigten Staaten für das erste Viertel dieses Jahres schloß mit einem Defizit von 402 320 914 Dollar. Das sind etwa 20 Millionen Dollar weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Einnahmen im ersten Viertel dieses Jahres betrugen 431 Millionen Dollar, die Ausgaben 833 Millionen.

Der Holländer ist pessimistisch

Der bekannte holländische Staatsmann Colijn hielt im Wirtschaftsausschuß der Völkerbundsversammlung eine Rede, in der er erklärte, daß man nur mit einem großen Pessimismus der Zukunft entgegensehen könne, wenn man beobachte, daß die jahrelangen Bemühungen des Völkerbundes auf wirtschaftlichem Gebiet nicht den geringsten Erfolg gehabt hätten. Alle Beschlüsse seien auf dem Papier stehengeblieben und zur Verbesserung der Lage sei nichts getan worden. Auch die Lausanner Konferenz habe noch keine wirksame Veränderung der Verhältnisse herbeigeführt, und über die Auswirkungen der Konferenz von Ottawa sei man auch noch im unklaren. Man stehe jetzt am Vorabend der nach London einberufenen Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz. Es stehe fest, daß ein Scheitern dieser Konferenz den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas mit sich ziehen werde. Wenn sich aber die gesunden und vernünftigen Prinzipien auf dieser Konferenz durchsetzen würden, so dürfe man an einen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt glauben.

Englisch-irische Konferenz

Aus London, 5. Okt., wird berichtet: In den heutigen Besprechungen mit de Valera wurde beschlossen, Verhandlungen zwischen den beiden Ländern, wenn möglich, in London am 14. Okt. über die Landannuitäten und die anderen Finanzfragen zu eröffnen.

Wie aus Dublin gemeldet wird, übt der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Kenedy, gegenwärtig das Amt des Generalgouverneurs aus. An zuständiger Stelle wird erklärt, die Regierung beabsichtige, die beiden Aemter für die Dauer zu verschmelzen.

Ein Hochzeitsgeschenk für Prinzessin Sybille von Koburg-Gotha



Die Koburger Ortsgruppe des Luisenbundes wird der Prinzessin Sybille von Koburg-Gotha, die am 20. Oktober den schwedischen Prinzen Gustav Adolf heiratet, eine prachtvolle Teedecke schenken. Unser Bild zeigt die „Luisen" bei ihrer Arbeit an diesem kostbaren Hochzeitsgeschenk

Fälschungen bei einem Pariser Luftfahrtskandal

Der Direktor der zivilen Luftfahrt im französischen Luftfahrtministerium, Chaumie, soll von dem Verwalter der Flugzeugmotorenfirma Gnome et Rhone und der Luftfahrtgesellschaft Cidna, Paul Louis Weiller, bestochen worden sein, um seine Zustimmung zur Abgabe eines großen Aktienbündels der Gesellschaft Gnome et Rhone an die Lufthansa zu geben. Das habe zum Erlaß eines Haftbefehls gegen den Fälscher der Aktenstücke geführt.

Der Präsident der französischen Luftfahrtgesellschaft Aero Postale, Bouilloux-Lafont, die den Dienst nach Südamerika versieht, hatte behauptet, die Deutsche Lufthansa habe ein großes Aktienbündel der Gesellschaft Gnome et Rhone aufgekauft, um der Schwesterfirma dieser Gesellschaft, der Cidna, die Geldmittel in die Hand zu geben, die zur Uebernahme der in Konkurs geratenen Aero Postale notwendig seien. Der Verwalter der Cidna, Weiller, soll angeblich den Ministerialdirektor im Luftfahrtministerium, Chaumie, bestochen haben, diese Transaktion zu unterstützen. Obgleich von Seiten der Deutschen Lufthansa mehrere Dementis ausgegeben worden waren, aus denen klar und deutlich hervorgeht, daß sich keine einzige Aktie der Gnome et Rhone-Gesellschaft in den Händen der Deutschen Lufthansa befindet, überreichte Bouilloux-Lafont den Gerichten immer neue Schriftstücke, die das Gegenteil beweisen sollten. Am Dienstag händigte er dem Untersuchungsrichter sogar einige Schecks über die angeblichen Bestechungsgelder aus. Eine rasche Nachprüfung bei der Bank, auf die diese Schecks ausgestellt waren, ergab jedoch, daß sie gefälscht waren. Nachdem der Pariser Leiter der Lufthansa, von Winterfeld, bei dem Untersuchungsrichter noch einmal gegen die Unterstellung protestiert hatte, wonach zwischen der Deutschen Lufthansa und der Gnome et Rhone und Cidna irgendein Abkommen bestehe, wurde gegen den Sekretär Bouilloux-Lafont, einen gewissen Colin, Haftbefehl erlassen, weil er unter dem dringenden Verdacht steht, die Schriftstücke gefälscht zu haben. Colin, der einige Zeit als Propagandaleiter der Aero Postale tätig war, ist bereits mehrfach vorbestraft und hat das Gefängnis erst vor kurzem verlassen, wo er eine Strafe wegen Betruges absaß.

Wie dazu ergänzend verlautet, hat die bekannte ehemalige Präsidentin der „Gazette du Franc", Frau Hanau, sehr aktiv an der Aufklärung der Angelegenheit mitgewirkt. Die Redaktion der von Frau Hanau geleiteten Wochenzeitschrift „Force", hatte vor kurzem die Faksimiles der angeblichen Schecks erhalten, die dem Direktor im Luftfahrtministerium und dem ehemaligen Luftfahrtminister von Seiten der Cidna, bezw. Gnome et Rhone überreicht worden sein sollten. Es fiel jedoch auf, daß die Schrift dieser Schecks und die Aufschrift auf dem Umschlag eine gewisse Aehnlichkeit aufwiesen. Hieraus entstand der Verdacht, daß es sich um eine Fälschung handele und Frau Hanau benachrichtigte unverzüglich den Untersuchungsrichter. Bouilloux-Lafont bestätigte schließlich, daß ihm die Schriftstücke von Colin überreicht worden seien und daß er sie teuer bezahlt habe.

Eine spätere Meldung berichtet: Die Verhaftung des angeblichen Aktenfälschers im sogenannten Luftfahrtskandal, Collin, ist am Mittwochmorgen erfolgt. Collin erklärte dem Untersuchungsrichter, er sei vor kurzem von zwei hochstehenden Persönlichkeiten aufgefordert worden, sich als Urheber der von Bouilleux-Lafont eingereichten Aktenstücke zu erklären. Hierfür sollte er 25 000 Franken und eine monatliche Rente von 5000 Franken bis zum Lebensende erhalten. Bouilleux-Lafont, der am Mittwoch noch einmal vernommen wurde, erklärte, daß er für die ihm übergebenen Aktenstücke im ganzen 50 000 Franken bezahlt habe. Die letzten Schecks, die auf den Namen des ehemaligen Luftfahrtministers Dumesnil und des Abgeordneten Renaudel ausgestellt waren, seien ihm von einem gewissen Jean de Lubersac übergeben worden. Der Untersuchungsrichter erließ daraufhin sofort einen Haftbefehl gegen den Genannten.

Wenn man in Afrika Löwen jagen will

Seit einiger Zeit beobachtete die Polizei in Paris das Treiben von zwei Männern, Pierre Sizalon und Henri Rosé, die sich stark verdächtig gemacht hatten, einen Schwindelbetrieb zu unterhalten. Untersuchungen ergaben, daß die beiden in der Tat einen ganz großen Coup gemacht hatten, mit dessen Hilfe sie den verschiedensten unternehmungslustigen Leuten hohe Geldsummen aus der Tasche zu locken verstanden, insgesamt etwa eine Million Francs. Vergangenen Juni hatte Rosé ein großes elegantes Stockwerk mit zehn Zimmern gemietet (die Miete wurde nebenbei nicht bezahlt), das zum Sitz einer großen Reisegesellschaft auserkoren wurde, die Löwen- und Tigerjagden in Afrika veranstaltete. Die Räume waren mit äußerstem Luxus ausgestattet (alles auf Pump). Unzählige Angestellte, die nie Gehalt beziehn sollten, liefen herum, und der „Herr Direktor" machte liebenswürdige Konversation mit den nachfragenden Reiselustigen und schilderte ihnen die afrikanischen Jagdgründe so verlockend, daß sie mit größtem Vergnügen die verlangen Spesenvorschüsse in bar auf den Tisch legten. Hunderte von Menschen, Franzosen und Ausländer, wurden so betrogen, bis die Polizei den beiden „Chefs" der Jagdgesellschaft jetzt das Handwerk legte. Ihr gelang es aber nur, den einen der beiden Betrüger zu fassen. Henri Rosé; anscheinend dem schlaueren von beiden ist es gelungen, in die Schweiz zu entkommen. Wie das Gericht feststellte, sind beide schon an die zehnmal wegen Betruges und Diebstahls vorbestraft. Rosé scheint in der Schweiz schon wieder an der Arbeit zu sein. Die Polizei ist auf der Suche nach ihm, aber noch gelang es ihr nicht, ihn zu fassen.

Der Steckbrief hinter Verbrechern

Es glückt auch heute noch vielen Verbrechern, sich der Strafverfolgung zunächst durch die Flucht zu entziehen. Sie sind verschwunden und bleiben verschwunden. Eines Tages aber hört man wieder von ihnen. Sie werden irgendwie erkannt und gefaßt. Fast jeden erreicht einmal sein Schicksal. Jetzt ist rein zufällig auch der plötzlich verschwundene Bankdirektor Seiffert, den man sogar für tot hielt, aufgetaucht und festgenommen worden. Und wie ihm geht es vielen, sie können doch eines Tages hervorgeholt und weiter bearbeitet werden, weil Spuren bekannt werden. Sei es, weil man Verdächtige erwischt oder plötzlich ein Denunziant auftaucht oder der Verbrecher selbst

ein Geständnis

ablegt. Nur recht wenige warten mit diesem Geständnis bis zur Sterbestunde. Aber auch in dieser enthüllt sich vielfach eine ungeklärte Tat. Das Zusammenarbeiten der Polizei aller Länder, die genaue Kontrolle der Menschen überall, macht es fast unmöglich, daß ein Mensch spurlos verschwindet. Es sei denn, es gelingt ihm, unter falschem Namen, mit falschen Papieren ein neues Leben anzufangen. Und auch in diesem neuen Leben erlebt er

die Tortur des Geheimnisses,

das er mit sich trägt. Wenn bekanntlich ist es eine alte Erfahrung, daß fast jeder Verbrecher einmal einen Fehler macht, der ihn der Verantwortung über liefert. In dem Bestreben, diesen Fehler zu vermeiden, werden die Verschwundenen so unsicher, daß sie sich vielfach durch ihre Hemmungen und ihre Unfreiheit verraten.

Bekannte Verbrecher, die lange Jahre gesucht wurden, haben sich bei ihren Vernehmungen offenbart. Sie haben endlich

aufgeatmet, als sie gefaßt waren,

zum ersten Male frei aufgeatmet, wie sie selbst erklärten, denn sie sahen sich stets verfolgt, befanden sich immer auf der Flucht, spielten ein gewagtes Versteckspiel und trugen sich viel mit dem Gedanken, sich selbst zu stellen, um der inneren Unruhe ein Ende zu machen.

Die Polizei weiß schon, wo die Verschwundenen, die steckbrieflich verfolgten, zu suchen sind. Je schwerer ihre Taten, um so sicherer suchen sie Unterschlupf

in den Menschenmassen der Großstädte.

Selten einmal taucht ein Verbrecher im kleinen Ort unter. Dort wird ja jedem mit der Zeit ins Herz geschaut. Dort kennt man sich viel genauer und beobachtet den Einzelnen viel mißtrauischer, wenn er nicht im Dorfe geboren ist. In der Großstadt aber gibt es Schlupfwinkel und Verstecke und die Hilfe vieler „Freunde". Hier sind sich so viele Menschen fremd, daß der Abgefeimte stets wagen kann, sich unter Menschen zu mischen, sofern er mit seinem Aeußern eine durchgehende Veränderung vorgenommen hat, die den Steckbrief und damit das Erkennen durch die Polizei illusorisch macht. Jedenfalls sind die großen Verbrecher fast immer in den Großstädten gefaßt worden. Sei es nun Berlin, Hamburg, London, Paris, Wien oder Prag, sei es eine andere Stadt auf dem Kontinent oder auf Uebersee, die Großstadt lockt den, der verschwinden möchte, am meisten. Und das mit Recht.

Es gibt nun für die Justiz bestimmte

Methoden, auf die Spur der Verschwundenen zu kommen,

und ein fein ausgeklügeltes Polizeisystem, dem die Verbrecher wohl vorübergehend entrinnen können. Nicht aber auf die Dauer. Früher einmal, als man die gute organisierte Polizei nicht kannte und als noch nicht die internationale Verbrecherverfolgung bestand, hat man mit primitiveren Hilfsmitteln gearbeitet. Noch bekannt und in jeder Chronik nachzulesen ist, daß es früher einmal das Hilfsmittel gab, einen Menschen, den man vergeblich suchte und dem ein Verbrechen nachgewiesen war, als

vogelfrei

zu erklären. Jeder, der ihn antraf, hatte gewisse Rechte, mit dem Gefundenen umzuspringen, wie es ihm beliebte. Ja, es gab sogar eine Zeit, da die Vogelfreien sogar hingemordet werden durften, weil sie Freiwild der Häscher waren. Und diese Methode der Justiz hat in einer Zeit, da man noch nicht die peinliche Kontrolle der Menschen kannte, viel Erfolg gehabt. Wir wissen, daß die Vogelfreien nie ihres Lebens sicher waren und wie gehetztes Wild durch die Lande zogen. Sie fanden sich seltsamer Weise in Wäldern und unwegbaren Gegenden zusammen und setzten dadurch, daß sie nun zu Räubern herabsanken und alles für ihre Verteidigung einsetzten, sich der größten Gefahren aus. Sie raubten und plünderten in dem Bewußtsein, einmal schlüge ihre Stunde, und deshalb verlohne es sich nicht, ehrlich zu werden. Sie hatten mit dem Leben abgeschlossen und waren in Banden eine Landplage. Gerade dieser Zusammenschluß der Vogelfreien, der Verstoßenen und Verfolgten hatte die Gegenwirkung, daß man diese Methode der Justiz abschaffte.

Aber nicht in allen Ländern. In England besteht, wie erst jetzt bekannt wird, noch immer das Gesetz aus dem zehnten Jahrhundert, das es gestattet, einen Menschen, der strafrechtlich nicht erfaßt werden kann, als vogelfrei zu erklären. Wenn auch die englische Justiz von diesem alten Gesetz sehr wenig Gebrauch machte, so hat sie sich doch erst in letzter Zeit wieder dieses Gesetzes erinnert. Ein Mensch hatte ein Schiff versenkt. An seiner Schuld war nicht zu zweifeln. Er war und blieb aber verschwunden. Die Justiz konnte ihn nicht zur Rechenschaft ziehen. Der Polizeidraht spielte. Ueberall ward sein Steckbrief bekannt. Da er aber verschollen war und die Akte irgendwie erledigt werden mußte, wurde dieser Verbrecher als vogelfrei erklärt. Diese Erklärung gilt bis auf den heutigen Tag und ist nicht aufgehoben worden, obwohl auch in England ein Sturm der Entrüstung gegen die Anwendung einer alten Methode laut wurde. Wer also diesen vogelfreien Verbrecher faßt, hat das Recht, Selbstjustiz zu üben, braucht sich nicht zu scheuen, den Mann über den Haufen zu schießen. Er ist, wie das früher der Fall war, Freiwild und ausgestoßen von den Menschen. Vielleicht lebt er nicht mehr. Wenn er aber lebt, wird er so leben, wie alle Verbrecher, die keine Stunde Ruhe finden und immer und überall nach ihren Häschern ausspähen. Das Mittelalter lebt also noch, besonders in England, das ja auch die Prügelstrafe kennt, die andere Länder lange schon abgeschafft haben.

Der neueste Newyorker Gaunertrick

Durch verschiedene Anzeichen kam die Post darauf, daß in bestimmten vornehmen Stadtvierteln Newyorks die Briefkästen systematisch ausgeplündert wurden. Man stand lange vor einem Rätsel, denn man konnte sich das Interesse, das anscheinend mehrere Personen so lebhaft und systematisch an fremden Briefen nahmen, nicht erklären. Nun ist das Geheimnis durch einen merkwürdigen Zufall aufgeklärt worden. Es gelang der Polizei, einen Mann festzunehmen, der einen gefälschten Scheck einlösen wollte. In der letzten Zeit hatten sich in Newyork die Klagen über eine ganze Reihe von außerordentlich geschickten Scheckfälschungen gehäuft, die so ausgeführt waren, daß selbst die jeweilig betroffenen Kontoinhaber ihre eigene Unterschrift kaum von der gefälschten unterscheiden konnten. Durch die Festnahme jenes Mannes ist man hinter den angewendeten Trick gekommen, der gleichzeitig das Geheimnis der geplünderten Briefkästen erklärt. Dieser Mann gibt an, Mitglied einer Bande zu sein, die einem Mann untersteht, dessen Namen er nicht kennt, ja, den er noch nie gesehen hat. Im Auftrage dieses Mannes hätte er — und wohl auch noch eine Reihe anderer Personen, über die er aber ebenfalls nichts auszusagen weiß — die Briefkästen in den vornehmen Newyorker Vierteln ausplündern müssen und hätten ihren Inhalt durch Mittelsmänner an den „Chef" weitergegeben. Dem „Chef" gelang es so, den einen oder anderen Brief einer Reihe von Bankguthabeninhaber zu erwischen und die erwünschte Vorlage für die Unterschriftsimitation zu bekommen. Die Kumpanen wurden dann mit solchen gefälschten Schecks belohnt, die sie in einer großen Anzahl von Fällen ohne Schwierigkeiten einlösen konnten. Der Meister der Bande arbeitet anscheinend besonders geschickt mit einer sehr großen Anzahl von Leuten, die sich untereinander nicht kennen. Durch verabredete Zeichen werden immer andere miteinander in Verbindung gebracht, die sich nur kurz auf der Straße treffen und sich die Briefe oder Schecks oder sonstige Nachrichten übergeben. Es hat den Anschein, daß die Aussagen des Inhaftierten glaubhaft sind; um so fieberhafter arbeitet die Polizei daran, den „Meister" zu fangen.

Bekanntmachung

Personenstandsaufnahme am 10. Oktober 1932

Gemäß ministerieller Verordnung ist am 10. Oktober, wie alljährlich, eine allgemeine Personenstandsaufnahme vorzunehmen. Für jeden Haushalt ist eine Haushaltungsliste auszufüllen, deren Richtigkeit und Vollständigkeit vom Haushaltungsvorstand zu bescheinigen ist. Von der Durchführung einer Betriebsaufnahme wird in diesem Jahre abgesehen.

Die Vordrucke werden den Haushaltungsvorständen in den nächsten Tagen zugestellt. Mit der Abholung der ausgefüllten Listen wird am 11. Oktober d. Js. begonnen.

Alle Haushaltungsvorstände (und Einzelwohner) werden hiermit ersucht, die ihnen zugehenden Listen richtig, vollständig und rechtzeitig auszufüllen. Zur Ausfüllung der Haushaltungslisten und zur Beantwortung etwaiger von den Zählern an sie gerichteten Fragen sind alle Einwohner verpflichtet. Die Nichterfüllung dieser Verpflichtungen hat eine Bestrafung nach den Bestimmungen der Reichsabgabenordnung zur Folge.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger werden besonders dringend ersucht, bei Aufstellung der Haushaltungslisten den genauen Namen ihres Arbeitgebers anzugeben. Die Gemeinde legt deshalb besonderen Wert auf die genaue Beantwortung dieser Frage, weil sie bei den auswärtigen Gemeinden, in denen hiesige Arbeitnehmer beschäftigt sind, Anspruch auf Beteiligung an deren Gewerbesteueraufkommen erheben kann.

Burscheid, den 4. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Bekanntmachung

Die Stadtgemeinde Burscheid hat voraussichtlich in nächster Zeit das Fahren von Steinmaterial für die Instandsetzung einiger Wege zu vergeben. Fuhrunternehmer und Autobesitzer, die sich für die Vergebung dieser Arbeiten interessieren, bitte ich, im Rathaus, Zimmer 10 Offerten mit folgenden Angaben abzugeben:

1. Was berechnen Sie für das Fahren von Steinmaterial pro Tonne und pro Kilometer?
2. Welchen Stundenlohn fordern Sie, wenn das Steinmaterial im Stundenlohn gefahren werden soll? Wie hoch ist die Lade- und Zugfähigkeit Ihres Wagens?

Ich bitte, die Angebote bis zum 15. d. Mts. einzureichen.

Burscheid, den 4. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

4 K. 46/32/5

Am **12 Oktober 1932,** 11 Uhr, sollen an der Gerichtsstelle, Gerichtestr. 9, Zimmer Nr. 17, die im Grundbuche von Burscheid Band 50 Blatt Nr. 2188 (Eigentümer: Eheleute Wirt Ernst Wilhelm Ohmann und Therese geb. Thüner zu Burscheid — je zu 1/2 —) eingetragenen Grundstücke: **Gemarkung Burscheid, Flur 5,**

Parz. Nr. 2093/4, Burscheid, Garten, groß 14,91 Ar mit 3,50 Taler Reinertrag,

Parz. Nr. 2092/4, Hauptstraße 14, bebauter Hofraum, groß 3,93 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 1194 mit 1305 Mark Nutzungswert,

öffentlich zwangsweise versteigert werden.

Amtsgericht Opladen.

Inserieren bringt Gewinn!

Ich bringe Sauberkeit und Frische in Wäsche und Haus!



Dr. Thompson's Seifenpulver Marke „Schwan" ist unübertroffen in Qualität und Preiswürdigkeit. Besonders sparsam ist das neue Doppel-Paket. Es kostet nur 44 Pfennig. Verwenden auch Sie das seit über fünfzig Jahren bewährte

Dr. Thompson's Schwanpulver

Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche Seifix. Paket 14 Pfg.

Kasino Dierath

Freitag, den 7. Oktober, abends 8.30 Uhr,

Monats-Versammlung

Tagesordnung:

1. Zahlung der Bezüge und des Jahresbeitrages.
2. Neuaufnahme.
3. Bestellungen.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Öffentliche Danksagung!

Seit 9 Monaten litt ich an einer schweren Kniegelenkentzündung, die mir Tag und Nacht keine Ruhe ließ. Alle bisherig. Behandlungen waren erfolglos, bis ich von Herrn Röhder, Heilpraktiker in Tente, hörte, der mich in 4 Wochen vollkommen von meinem Leiden befreite.

Frau Friedr. Keimel
Höhscheid b. Witzhelden.

Der bestellte

Düngekalk

kann an meinem Lager abgeholt werden.

Wilhelm Haas
Burscheid, Fernspr. 595.

4 Zimmer-Wohnung

sofort oder 1. Dezember gesucht.

Angebote unter „A 100" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Wohnhaus

in Kleinhamberg (8 Zimmer) mit Stall, Scheune, Garten und Baumhof zu verkaufen Wohnung (4 Zimmer) kann sofort bezogen werden.

Angebote unter „P 2" an die Geschäftsstelle dieser Ztg.



Groß. Schellfisch ohne Kopf Pfd. 40 Pfg.
Fisch-Filet Pfd. 50 Pfg.

Bestellungen auf **Weißkohl** zum Einmachen nehme entgegen.

Walter Mebus, Burscheid
Hauptstraße, Telefon 495.

Zum Sehen geboren · Zum Schauen bestellt

3 der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereinigt in 1

Reichster Inhalt
*
Ueber 100 Seiten Umfang
*
Viele Bilder
*
Farbenprächtige Kunstblätter
*
Preis nur 1.50



Ein Jahrgang bringt eine ganze Bücherei und Bilderssammlung: 3 bis 4 Romane, über 200 wertvolle Aufsätze und Schilderungen aus allen Gebieten, viele Bilder und farbenprächtige Kunstblätter

Es gibt keine andere deutsche Zeitschrift von dieser Eigenart, die für den beispiellos billigen Preis von nur M. 1.50 monatl. so Außergewöhnliches bietet!

Gutschein

An den Verlag Heinrich Beenken Berlin SW 19

Bitte senden Sie mir kostenlos ein „Türmer"-Probeheft. 30 Pfennig für Porto füge ich bei.

Bestellschein

An die Buchhandlung

Ich bitte mir die schöne Zeitschrift „Der Türmer" zum monatlichen Preis von M. 1.50 zu liefern.

Ort und Datum: _____

Name: _____ Vertreter gesucht!

Eine Freude für das deutsche Haus!

M. DUMONT SCHAUBERG



Winter-Fahrplan

Stck. 30 Rpf in der Geschäftsstelle dies. Zeitung zu haben

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 235 2. Blatt Donnerstag, 6. Oktober 1932

Polizeiliche Sicherung der Wahlvorbereitungen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister des Innern in einem Runderlaß die nachgeordneten Behörden im Hinblick auf die am 6. November 1932 bevorstehenden Wahlen zum Reichstag auf folgendes hingewiesen:

Die Polizei hat durch vorbeugende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Wahlvorbereitungen und der Wahlakt selbst ungestört vor sich gehen. Allen Versuchen, Wahlversammlungen oder die Wahlhandlung zu stören und dadurch die in der Verfassung gewährleistete Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, ist auf das schärfste entgegenzutreten.

Die Versammlungs- und preßpolizeilichen Bestimmungen der Notverordnungen behalten auch während der Wahlzeit volle Geltung. Bei ihrer Anwendung ist alles zu vermeiden, was den Anschein kleinlicher oder unterschiedlicher Handhabung hervorrufen könnte; der in sachlichem und anständigem Rahmen gehaltene Wahlkampf darf nicht behindert werden. Gegen Verhetzung und Terror, gegen Beschimpfungen und Verleumdungen ist dagegen von den zur Verfügung stehenden polizeilichen Handhaben in vollem Umfange tatkräftig Gebrauch zu machen.

Wahlversammlungen, soweit sie nicht in fest umfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen bei Einlaß nur gegen Eintrittskarten stattfinden, dürfen nur in geschlossenen Räumen abgehalten werden. In jedem Falle müssen sie unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes spätestens 48 Stunden vorher bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden. Dadurch erhalten die Polizeibehörden die erforderlichen Anhaltspunkte, um die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze der Versammlungen rechtzeitig zu treffen. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß allen Parteien und Organisationen die Möglichkeit der Propaganda für ihre Kandidaten und Ziele im Rahmen der Gesetze gewährleistet wird.

Die Polizeiverwalter haben, sobald Anlaß zur Besorgnis besteht, daß es zu erheblichen Störungen kommen könnte, alle zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gebotenen Maßnahmen zu treffen und nötigenfalls rechtzeitig die Gestellung der erforderlichen Polizeikräfte bei Landräten und Regierungspräsidenten zu beantragen. Bei Versammlungen größeren Umfangs, zu denen auswärtige Teilnehmer erwartet werden, ist auf geeignete Sicherung der Anmarschwege zu achten. Zur Ueberwachung und zum Schutze der Wahlpropaganda auf dem Lande eignen sich besonders Streifen der Landjägerei auf Dienstkraftwagen. Von besonderer Bedeutung ist es, daß für den Fall unerwartet größerer Ausschreitungen an den zuständigen Schutzpolizeidienstorten genügend starke Polizeikräfte abrufbereit sind, die ohne langen und verzögerten Dienstweg von den Polizeiverwaltungen im Falle der Gefahr unmittelbar angefordert werden können.

Personenfahrten auf Lastkraftwagen sind nicht mehr wie früher anmeldepflichtig. Soweit sie die Form des Aufzugs annehmen, wären sie wegen des damit zwangsläufig verbundenen politischen Charakters verboten. Im übrigen können sie gegebenenfalls von den Polizeibehörden beschränkt und verboten werden.

Erfahrungsgemäß werden Störungen von Wahlversammlungen häufig dadurch versucht, daß sie von politischen Gegnern der Veranstaltung frühzeitig und in solcher Zahl aufgesucht werden, daß die Parteifreunde der Veranstalter und andere Teilnehmer nur noch in der Minderzahl Zutritt zum Versammlungslokal erhalten. Auch solche Störungsversuche von innen heraus sind nicht etwa von vornherein mit der Auflösung der Versammlung zu beantworten; es bleibt vielmehr zunächst abzuwarten, daß die Veranstalter von ihrem Hausrecht Gebrauch machen; hierbei sind sie nötigenfalls von der Polizei zu unterstützen. Die Auflösung solcher Versammlungen muß immer das letzte Mittel bleiben, schon um der Versuchung entgegenzutreten, auf diese Weise sich mittelbar der Polizei zur Verhinderung von Versammlungen unbequemer politischer Gegner zu bedienen. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Wahlversammlungen haben sich auch Stichproben zwecks Durchsuchung nach Waffen bei den Versammlungsbesuchern gut bewährt.

Eine

ernste und nachdrückliche Warnung

muß in diesem Zusammenhange an die Parteien und politischen Organisationen gerichtet werden, daß sie ihre Anhänger von Störungen und gewaltsamen Behinderungen von Veranstaltungen Andersgesinnter zurückhalten. Parteien und Organisationen, deren Anhänger gleichwohl offenbar planmäßig die Versammlungstätigkeit ihrer politischen Gegner in ungesetzlicher Weise behindern und stören, müssen damit rechnen, daß aus ihrem Verhalten möglicherweise auf Umstände geschlossen werden kann, die ein vorbeugendes Verbot der von ihnen selbst geplanten Veranstaltungen rechtfertigen würden. Die Polizeibehörden haben in jedem einzelnen Falle einer Versammlungsstörung die Schuldfrage sofort zu untersuchen und der betreffenden Partei oder Organisation für den Fall der Wiederholung die erforderlichen Eröffnungen zu machen.

Bei Prüfung der Frage, ob bei Plakaten, Flugblättern und Flugschriften der Tatbestand der Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegeben ist, ist zu berücksichtigen, daß es nicht auf die Absicht des Urhebers des Plakates oder Flugblattes, sondern auf den Eindruck ankommt, den der Durchschnittsleser von dem Inhalt des Plakates oder des Flugblattes erhält, und daß während dieses Wahlkampfes, also in einer Zeit besonders gesteigerter politischer Spannung, der Fall der anreizenden Wirkung viel eher gegeben sein wird als in politisch ruhigen Zeiten.

Wahlpropaganda mit Lautsprecherwagen ist als Vorführung nicht gewerblicher Musik- oder Sprechdarbietungen allgemein weder verboten noch genehmigungspflichtig. Vorschriften in den örtlichen Straßen- oder Verkehrspolizeiverordnungen, die das Fahren mit Lautsprecher- oder anderen Reklamewagen auf öffentlichen Straßen aus verkehrspolizeilichen Gründen verbieten, oder von einer Genehmigung abhängig machen, sind zu beachten. Unter Umständen finden auch die Vorschriften des öffentlichen Versammlungsrechts Anwendung, wenn sich bei Anwesenheit der Lautsprecherwagen über die üblichen Zuhörer hinaus Menschenansammlungen bilden, die ihrer Art und Natur nach als Versammlungen anzusehen sind.

Für die Wahlpropaganda durch Sprechchöre gilt namentlich für die Anwendung der Vorschriften des öffentlichen Versammlungsrechts das Gleiche.

Der Minister ersucht die Landespolizeibehörden, die Führer der politischen Parteien und Organisationen in persönlicher Fühlungnahme und mündlicher Besprechung auf die erlassenen Richtlinien für die polizeiliche Sicherung der Wahlvorbereitungen hinzuweisen. Es muß erwartet werden, daß auch von den Parteien alles geschieht, um Störungen des Wahlkampfes auszuschließen, insbesondere Zusammenstöße und sonstige Ausschreitungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Es geht aufwärts

Wenn auch allmählich Anzeichen einer wirtschaftlichen Belebung in der Welt hervortreten, so sind doch gute Nachrichten aus dem Wirtschaftsleben noch immer ziemlich selten. Um so erfreulicher ist es, daß die soeben bekannt gewordenen neuen Ergebnisse der Sparkassenstatistik eine deutliche Besserung erkennen lassen. Bei der Gesamtheit der preußischen Sparkassen z. B. sind die Einzahlungen und Abhebungen zum ersten Mal seit der vorjährigen allgemeinen Zahlungskrise nahezu ausgeglichen. Während im Juli die Abhebungen noch um rund 55 Mill. RM höher waren als die Einzahlungen, blieben die Einzahlungen im August nur noch um rd. 6 Mill. RM hinter den Abhebungen zurück. In der zweiten Augusthälfte allein waren die Einzahlungen bereits höher als die Abhebungen. Bei den Sparkassen der anderen Länder war die Entwicklung ähnlich. Im September hat die Besserung weitere Fortschritte gemacht.

Die günstige Entwicklung bei den Sparkassen ist vom Standpunkt der Gesamtheit besonders erfreulich. Fast jeder dritte Deutsche ist nach amtlicher Statistik Sparer bei einer öffentlichen Sparkasse; die Verbindung zwischen Bevölkerung und Sparkassen ist also so eng, daß die Einlagenbewegung bei den Sparkassen einer der besten Gradmesser für die allgemeine Stimmung und Erwartung ist. Ein Rückgang der Abhebungen und Steigen der Einzahlungen, wie er seit einiger Zeit nun schon im Gange ist, ist daher ein guter Beweis fortschreitender Beruhigung und wiederkehrenden Vertrauens.

Immer noch liegt freilich viel Geld unnütz in irgendwelchen Verstecken, es könnte, bei den Geldinstituten eingezahlt, zur Wirtschaftsbelebung entscheidend beitragen.

Aus der Heimat

Fuhrunternehmer und Autobesitzer

werden auf die Bekanntmachung des Herrn Bürgermeisters im heutigen Anzeigenteil ganz besonders aufmerksam gemacht. Die Stadtgemeinde Burscheid hat nämlich voraussichtlich in nächster Zeit das Fahren von Steinmaterial für die Instandsetzung einiger Wege zu vergeben. Fuhrunternehmer und Autobesitzer, die sich für die Vergebung dieser Arbeiten interessieren, können im Rathaus, Zimmer 10, Offerten abgeben.

Personenstandsaufnahme am 10. Oktober

Gemäß ministerieller Verordnung ist am 10. Oktober, wie alljährlich, eine allgemeine Personenstandsaufrahme vorzunehmen. Für jeden Haushalt ist eine Haushaltungsliste auszufüllen, deren Richtigkeit und Vollständigkeit vom Haushaltungsvorstand zu bescheinigen ist. Von der Durchführung einer Betriebsaufnahme wird in diesem Jahre abgesehen.

Die Vordrucke werden den Haushaltungsvorständen in den nächsten Tagen zugestellt. Mit der Abholung der ausgefüllten Listen wird am Montag, den 11. Oktober, begonnen.

Alle Haushaltungsvorstände (und Einzelwohner) werden durch eine Bekanntmachung des Herrn Bürgermeisters im heutigen Anzeigenteil ersucht, die ihnen zugehenden Listen richtig, vollständig und rechtzeitig auszufüllen. Zur Ausfüllung der Haushaltungslisten und zur Beantwortung etwaiger von den Zählern an sie gerichteten Fragen sind alle Einwohner verpflichtet. Die Nichterfüllung dieser Verpflichtungen hat eine Bestrafung nach den Bestimmungen der Reichsabgabenordnung zur Folge.

Die Lohn- und Gehältsempfänger werden besonders dringend ersucht, bei Aufstellung der Haushaltungslisten den genauen Namen ihres Arbeitgebers anzugeben. Die Gemeinde legt deshalb besonderen Wert auf die genaue Beantwortung dieser Frage, weil sie bei den auswärtigen Gemeinden, in denen hiesige Arbeitnehmer beschäftigt sind, Anspruch auf Beteiligung an deren Gewerbesteueraufkommen erheben kann.

Beachtet die Verkehrsvorschriften

Es liegt erneut Veranlassung vor, nochmals auf die bestehenden Verkehrsvorschriften hinzuweisen, da die hiesige Polizei in Zukunft mit aller Strenge gegen die Verkehrssünder vorgehen wird. Wer sich also vor Bestrafungen hüten will, der tut gut, nun endlich die gesetzlichen Vorschriften zu beachten. So sieht man vor allen Dingen jetzt wieder bei der frühen Dunkelheit Radfahrer ohne Laterne die Straßen befahren. Obwohl dadurch schon so manches Unglück hervorgerufen wurde, gibt es noch immer rücksichtslose Menschen, die ohne Licht fahren. Sie werden in Zukunft durch hohe Geldstrafen an ihre Pflicht erinnert werden, desgleichen auch die Radfahrer, die an ihren Maschinen immer noch keine Rückstrahler angebracht haben. Wenn sie bedächten, welch großer Gefahr sie sich des Abends aussetzen, durch ihre Nachlässigkeit von Autos angefahren zu werden, dann würden sie schleunigst das Versäumte nachholen. Gerade diese gesetzliche Vorschrift ist doch nur zum Schutze des Radfahrers erlassen worden. Trotz allen Warnungen und den vielen Unfällen sieht man auch immer noch Radfahrer, besonders jüngere, die sich an Lastwagen anhängen. Sie werden wahrscheinlich nicht früher scheu, bis auch sie einmal einem Unfall zum Opfer fallen.

Wir weisen also nochmals darauf hin, daß gegen all diese unvernünftigen und unverbesserlichen Verkehrssünder von jetzt ab ohne jede Rücksicht mit aller Schärfe vorgegangen wird.

Wer nicht hört . . .

Ein Weber, ein Schuharbeiter und ein Anstreicher aus der Gemeinde Burscheid kamen in Wermelskirchen zur Anzeige, weil sie bei der Dunkelheit auf nicht beleuchteten Fahrrädern fuhren und dadurch Straßengänger in Gefahr brachten.

Die verschiedenen Detonationen

die man am heutigen Morgen vernahm, rührten von kleineren Sprengungen her, die die Eisenbahn in der Nähe der Brücke an der Mittelstraße vornahm. Es werden dort an der Bahnstrecke vorbei Abflußrohre gelegt.

Schlacht-Fest in Kuckenberg

Wie aus der gestrigen Anzeige ersichtlich war, findet am kommenden Samstag und Sonntag im Bahnhofs-Restaurant Kuckenberg (Paul von der Heyden) ein Schlacht-Fest statt, bei dem es allerhand Leckeres und Fettiges zu müffeln geben wird. Auch an flüssigem Stoff wird es nicht mangeln, und somit jeder Gast auf seine Kosten kommen.

Zum Kreiswahlleiter ernannt

Für die Reichstagswahl am 6. November 1932 wurde Oberbürgermeister Friedrichs zum Kreiswahlleiter für den Wahlkreis 22 Düsseldorf-Ost und zum Verbandswahlleiter für den Wahlkreisverband 12 Rheinland-Nord ernannt. Zu seinem Stellvertreter wurde Stadtsyndikus Dr. von Kornatzki ernannt.

Sonntagsfahrkarten aus besonderen Anlässen

Zum Besuch des Verbandtages des Bäcker-Innungsverbandes Rheinland in Köln werden von allen nicht mehr als 200 km von Köln entfernt gelegenen Bahnhöfen gegen Vorzeigen eines vom Bäckerinnungsverband Rheinland ausgestellten Ausweises Sonntagsrückfahrkarten nach Köln ausgegeben, die am 12. Oktober von 0 bis 24 Uhr (Antritt der Rückreise) Gültigkeit haben.

Zum Besuch des Weinlesefestes in Bacharach am Rhein werden von allen Bahnhöfen im Umkreis von 200 km. um Bacharach Sonntagsrückfahrkarten nach Bacharach mit Gültigkeit vom 8. Oktober 0 Uhr bis 10. Oktober 24 Uhr (Antritt der Rückfahrt) ausgegeben.

Der erste Schnee in den Bergen

Die kühle Witterung hat in den bayerischen Bergen die ersten Schneefälle gebracht. Zahlreiche Orte des Oberlandes und des Gebirges meldeten am Mittwoch zum Teil starke Schneefälle. So ist z. B. in den Allgäuer Bergen bis hinab auf etwa 1300 Meter starker Schneefall zu verzeichnen. Aus den Tannheimer und Ammergauer Bergen wurde bis zu 30 Zentimeter Neuschnee gemeldet. Alle Berggipfel bis weit

Das Handwerk im September

Von der Handwerkskammer Düsseldorf wird folgender Bericht herausgegeben:

Im Vergleich zu den Vormonaten hat sich die Lage des Handwerks auch während der Berichtszeit nicht geändert. Es läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, welche Aufnahme die Notverordnung vom 4. 9. 1932 in der Wirtschaft findet und welche Auswirkungen sie nach sich ziehen wird. Es ist jedoch in den einzelnen Bezirken zu beobachten, daß Betriebe der Industrie — es handelt sich dabei um kleinere Unternehmungen — neue Arbeitskräfte einstellen. Es darf angenommen werden, daß diese Bewegung des Arbeitsmarktes einen gewissen Stimmungsumschwung als erste Voraussetzung für die Ankurbelung der Wirtschaft mit sich bringen wird. Das Handwerk erwartet von der Notverordnung in der Hauptsache indirekte Erleichterungen dergestalt, daß bei einer Belebung der gesamten Wirtschaft auch eine Besserung der Lage des Handwerks eintreten muß.

Im Baugewerbe kann man, wenn auch an einigen Orten noch hier und da durch eine Bausparkasse ein Neubau errichtet wird, kaum von einer Beschäftigung sprechen. Das gleiche gilt für die Baunebengewerbe. Die wenigen Sommeraufträge sind überraschend schnell zu Ende gegangen. Hausreparaturen, und zwar nicht nur die kleineren, sondern auch größere Arbeiten werden in sehr starkem Umfang von Schwarzarbeitern ausgeführt. In den Kreisen des Bau- und Baunebengewerbes hofft man, daß auch in Preußen die Hauszinssteuer zur Ausführung von Reparaturen erlassen wird. Nur auf diese Weise wird eine erhebliche Belebung dieser Gewerbezweige zu erwarten sein.

In den metallverarbeitenden Gewerben ist die Lage unverändert geblieben. Nur in einzelnen ländlichen Bezirken ist ein leidlicher Beschäftigungsgrad zu verzeichnen, da die Landwirtschaft durch die gute Ernte wieder zu Barmitteln gekommen ist.

Außerordentlich ungünstig liegen die Verhältnisse in den holzverarbeitenden Gewerbezweigen. Das Gros der Betriebe liegt vollständig still.

Nicht einheitlich wird die Lage des Bekleidungsgewerbes beurteilt. Während das Schneiderhandwerk in einigen Bezirken über starken Arbeitsmangel zu klagen hat, sind anderenorts Zeichen einer saisonmäßigen Belebung zu beobachten. Allenthalben wird jedoch unter recht ungünstigen Preisbedingungen gearbeitet. Besonders hart ist das Schuhmacherhandwerk von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Im Lebensmittelgewerbe ist nach dem verlustreichen Reisemonat eine zufriedenstellende Beschäftigung wieder eingetreten.

Steuergutscheine und Heimarbeit

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. 9. 1932 will eine Entlastung der Wirtschaft durch Einführung eines Steuernachlasses durch Steuergutscheine herbeiführen. Leider findet die Vorschrift für die Ausgabe der Steuergutscheine keine Anwendung auf Hauswirtschaft, Heimarbeit und Hausgewerbe. Diese Ausschaltung der Heimarbeiter wirkt sich besonders hart in der Tabakindustrie aus, die hauptsächlich in den mit Wohlfahrtsausgaben besonders belasteten und notleidenden Landgemeinden ihren Sitz hat.

Der Preußische Landgemeindetag West hat daher bei dem Reichsarbeitsminister eine baldige Abänderung der Verordnung zu Gunsten der Heimindustrie beantragt. Zur Begründung wird insbesondere auf die Verhältnisse in der Zigarrenindustrie im Regierungsbezirk Minden in der Provinz Westfalen verwiesen. Dort verrichten ca. 70 Prozent aller Zigarrenarbeiter Heimarbeit. Die Nichtanwendbarkeit der Vorschrift über die Ausstellung von Steuergutscheinen schließt also für diesen Industriezweig den Zweck der Verordnung, die Erwerbslosenzahl und die Höhe der Fürsorgelasten herabzudrücken, aus.

Als Hauptgrund für die Ausschaltung der Heimarbeiter scheint der Mangel an ausreichender Kontrolle maßgebend gewesen zu sein. Diese Begründung kann aber für die Zigarrenindustrie nicht herangezogen werden. Hier ist nämlich eine ausreichende Kontrolle hinsichtlich der Arbeitszeit und der Zahl der in der Heimindustrie beschäftigten Personen durch die Vorschriften des Reichstarifvertrages des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller durchaus gewährleistet, da den Heimarbeitern wöchentlich nur soviel Rohtabak zur Verarbeitung gegeben werden darf, wie zu einer Beschäftigung in der für Fabrikarbeiter festgesetzten Arbeitszeit notwendig ist. Außerdem findet eine genaue buchmäßige Kontrolle der Heimarbeiter auf Grund der Bestimmungen des Tabakgesetzes statt.

Mit Recht ist daher nach Auffassung des Preußischen Landgemeindetages West eine baldige Abänderung der Bestimmungen der Steuergutscheinverordnung erforderlich, damit in Zukunft auch bei Mehreinstellungen von Heimarbeitern in der Zigarrenindustrie die Vorschriften über Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern Anwendung finden können.

---

hinab sind in glänzendes Weiß gebettet. Bei einem Anhalten der kühlen Witterung wird mit weiteren Schneefällen gerechnet.

Auch hier bei uns ist die Temperatur in den letzten Tagen stark gesunken. In der vergangenen Nacht hat es tüchtig gereift und wehte am heutigen frühen Morgen ein recht kühles Herbstlüftchen.

Rundfunkstörungen bei der Post melden

Am 1. Oktober ging die Wahrnehmung des Rundfunkstörungsdienstes von den Funkhilfen der Funkstunde Berlin, der Norddeutschen, Ostdeutschen, Westdeutschen, Südwestdeutschen, Süddeutschen und Mitteldeutschen Rundfunkgesellschaft sowie der Schlesischen Funkstunde auf die Deutsche Reichspost über. Von diesem Tage ab werden Meldungen über Rundfunkstörungen von den Postämtern, Telegraphenämtern und Fernsprechämtern auch durch Fernsprecher entgegengenommen.

Bei den Aemtern mit Fernsprechvermittlungseinrichtung sind die Störungsstellen mit der Entgegennahme der fernmündlichen Störungsmeldungen beauftragt.

Der Rundfunkstörungsdienst wird auf der gleichen Grundlage wie bisher fortgeführt. Die Deutsche Reichspost unterstützt also freiwillig, soweit wie möglich, die Rundfunkteilnehmer in der Bekämpfung der Empfangsstörungen, die durch andere Empfangsanlagen und durch sonstige elektrische Anlagen verursacht werden. Der Rundfunkstörungsdienst erstreckt sich jedoch nur auf den Empfang des Langenberger Senders oder des Deutschlandsenders. Störungen, die auf die Benutzung einer „Lichtantenne" zurückzuführen sind, können dabei nicht berücksichtigt werden. Die Deutsche Reichspost ist auch in besonderen Fällen zur Beratung der Rundfunkteilnehmer bereit. Eine rechtliche Verpflichtung gegenüber den Rundfunkteilnehmern besteht gemäß den Rundfunkgenehmigungsbedingungen nach wie vor nicht.

Prüfung der Einbeziehung der Hauszinssteuer in das Steuergutscheinverfahren

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hatte bei dem Reichskanzler beantragt, die Hauszinssteuer in das Steuergutscheinverfahren einzubeziehen. Auf diesen Antrag hat der Reichskanzler nunmehr mitteilen lassen, daß zwar die Frage der Einbeziehung der Gebäudeentschuldungssteuer in das Steuergutscheinverfahren bereits eingehend geprüft worden sei. Schwierigkeiten ergäben sich durch die in einem beachtlichen Umfange erfolgte Ablösung der Hauszinssteuer sowie auch durch die Verschiedenartigkeit der Bestimmungen über die Hauszinssteuer in den einzelnen Ländern. Gleichwohl sei der Antrag dem Reichsfinanzministerium zugestellt worden, um die Angelegenheit nochmals zu prüfen und weiter zu verfolgen.

„Die schöne Heimat"

Das Heimatmuseum im Benrather Schloß (Leiter Studienrat Opladen) beabsichtigt, im Dezember eine photographische Ausstellung unter dem Titel „Die schöne Heimat" zu veranstalten. Die Liebhaberphotographen im Regierungsbezirk Düsseldorf finden hier Gelegenheit, ihre Ausbeute zur Pflege des Heimatgedankens zu verwerten. Geplant sind zwei Abteilungen: 1. Landschaft, Dorf und Stadt; 2. Natururkunden (Pflanzen und Tiere in freier Natur). Erwünscht sind Positive (Abzüge und Vergrößerungen, aufgezogen oder unaufgezogen) und Negative (Platten und Filme) in beliebigem Format, außerdem Diapositive von 85 Millimeter Höhe. Die eingesandten Arbeiten sollen zum Aufbau einer besonderen Abteilung des Heimatmuseums benutzt werden; ihre Verwertung erfolgt unter Leitung von Studienrat Dr. Wilke (Benrath). Auf ausdrücklichen Wunsch bleibt aber das Eigentumsrecht des Einsenders vorbehalten. Für die besten Aufnahmen sind Preise gestiftet, als erster Preis werden 50 RM in bar ausgesetzt. Für die Prämiierung wird ein Ausschuß vom Museum bestellt. Der Schluß der Einsendungen, die ab heute erfolgen können, ist auf den 15. November festgesetzt; die Anschrift lautet: Heimatmuseum Schloß Benrath in Düsseldorf-Benrath.

Die Verwendung der Rückflüsse aus Hauszinssteuerdarlehen

In einer Kleinen Anfrage eines nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten war nach der Verwendung der Rückflüsse aus Hauszinssteuerdarlehen gefragt worden, insbesondere ob diese Beträge zur Unterstützung von Baugenossenschaften verwandt worden seien. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preußischen Wohlfahrtsminister beauftragte Staatssekretär folgende Antwort erteilt:

Die Rückflüsse (Zins- und Tilgungsleistungen) aus den seit 1924 dem staatlichen Neubauanteil am Hauszinssteueraufkommen entnommenen Hauszinssteuerhypotheken werden im Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt alljährlich nachgewiesen. Für 1932 handelt es sich gemäß Kap. 36 Tit. 58 und 59 dieses Haushalts im ganzen um 17 624 000 RM. Nach dem Reichsgesetz zur Aenderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 22. März 1930 sind diese sog. Rückflüsse wieder für Zwecke der Wohnungswirtschaft zu verwenden. Demzufolge werden aus den bereitstehenden Beträgen gedeckt: 1. die dem Staate obliegenden rechtsverbindlichen Verpflichtungen aus Wohnungsbauanleihen zur Förderung der landwirtschaftlichen Neusiedlung, zur Vergebung von Arbeitgeberdarlehen für Staatsbedienstete usw., — 2. die zur Ausbietung von Hauszinssteuerhypotheken aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds bei Zwangsversteigerungen und zur Verhinderung solcher Zwangsversteigerungen erforderlichen Beträge. (Seit 1924 sind für den Zweck insgesamt nur rund 4,8 Mill. oder $^1/_2$ v. H. des ausgegebenen Kapitals bereitgestellt worden). Im ganzen werden für die staatlicherseits zu erfüllenden Verpflichtungen im Rechnungsjahre 1932 voraussichtlich etwa 10 Millionen RM benötigt. Die weiteren Mittel konnten noch nicht zur entsprechenden Verwendung freigegeben werden. Unterstützungen an Baugenossenschaften sind nicht gewährt.

Kuh gestohlen und geschlachtet

In der vergangenen Nacht wurde von einer Weide bei Thielenmühle eine Kuh gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. Während die Diebe das gute Fleisch mitnahmen, ließen sie das minderwertige liegen. Die polizeilichen Ermittlungen sind bei Redaktionsschluß noch nicht abgeschlossen. Eine andere tragende Kuh ließ man mit schweren Kopfverletzungen laufen. Pächter der Weide und Besitzer der Kühe ist ein Einwohner von Hilden.

Aus der näheren Umgebung

Düsseldorf

Düsseldorf. Eine folgenschwere Gasexplosion ereignete sich abends gegen 10.30 Uhr in einem Hause an der Barbarastraße, wodurch drei Personen erheblich verletzt wurden. Als beim Einzug befindliche Mieter einen Raum mit einem Licht betreten wollten, erfolgte eine starke Explosion, durch die Wände, Decken, Türen und Fenster stark beschädigt wurden. Drei Personen trugen starke Brandwunden davon. Die Ursache der Explosion ist darin zu suchen, daß der frühere Mieter es beim Auszug unterlassen hatte, in einem Zimmer einen Abschlußstopfen in das Gasrohr zu schrauben. Das Gas war also ungehindert ausgeströmt und kam durch das Licht zur Explosion.

Düsseldorf. Ein Motorboot zwischen zwei Dampfer geraten. Morgens geriet auf dem Rhein bei Düsseldorf in der Nähe der Lausward ein aus Köln stammendes Motorboot zwischen zwei Dampfer und kenterte. Von den vier Bootsinsassen konnten drei gerettet werden, während die vierte Person abtrieb und seitdem als vermißt gilt. Sie dürfte wahrscheinlich den Tod in den Wellen gefunden haben.

Remscheid

Der Fall Alexanderwerk

Das Arbeitsgericht hat im gestrigen Termin über die Feststellungsklage des Alexanderwerks von der Nahmer gegen je einige Mitglieder des Arbeiterrats und des Verhandlungsausschusses entschieden. Das Arbeitsgericht hat anerkannt, daß das Vorgehen des Alexanderwerks mit der Verordnung zur Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September in Einklang steht. Die Feststellungsklage mußte jedoch nach Ansicht des Arbeitsgerichtes aus einem formellen Grunde abgewiesen werden. Das Arbeitsgericht stellt sich auf den Standpunkt, daß der Lohnzahlungsabschnitt nach der Verordnung für das Alexanderwerk ein monatlicher ist, sodaß die Bekanntmachung des Alexanderwerks erst mit Wirkung vom 1. Oktober anstatt vom 26. September in Kraft gesetzt werden könnte. Nach den vorliegenden Kommentaren gilt jedoch als Lohnzahlungsabschnitt auch jede Abschlagszahlung, die im Alexanderwerk wöchentlich erfolgt. Aus diesem Grunde konnte das Alexanderwerk die Bekanntmachung vom 23. September mit Wirkung vom 26. September in Kraft setzen. Die Kommentare sprechen sich hierüber zugunsten des Alexanderwerks mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit aus. Da gegen das Urteil binnen einer Notfrist von 14 Tagen Berufung eingelegt werden kann, wird das Alexanderwerk von diesem Rechtsmittel beim Landesarbeitsgericht Wuppertal Gebrauch machen.

Köln

Köln. Der Lehrkörper der Universität Köln für das kommende Wintersemester umfaßt insgesamt 249 Dozenten, und zwar 69 ordentliche Professoren, 16 Honorarprofessoren, 1 beamteten, 43 nichtbeamtete außerordentliche Professoren, 72 Privatdozenten, 17 Lektoren, 28 mit Vorlesungen Beauftragte bzw. Betraute, 2 Lehrer der technischen Fächer. Auf die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät entfallen hiervon 44, auf die Rechtswissenschaftliche 20, auf die Medizinische 80 und auf die Philosophische 105.

Köln. Wem gehört das Glücksschwein? Daß ein munteres Ferkel in den Straßen einer Großstadt herumläuft, ist gewiß nichts Alltägliches. In einer der letzten Nächte ist hier auf dem Holzmarkt ein lebendes, ungefähr zehn Wochen altes Ferkel aufgefunden worden. Das Tier soll angeblich von einem Lieferwagen, der in Richtung Bonn gefahren ist, heruntergefallen sein. Der Eigentümer kann seine Ansprüche bei der Kriminalpolizei geltend machen, wo sich das Glücksschwein dank der vorzüglichen Verpflegung prächtig entwickelt.

Köln. Ein Radfahrer getötet. Nachmittags ist in der Volksgartenstraße ein Radfahrer von einem Lastkraftwagen angefahren und so schwer verletzt worden, daß er bereits auf dem Wege zum Krankenhaus starb. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Köln. Diebstahl im Banklokal. Morgens wurden einem Kaufmann in einer Kölner Bank, während er am Pult eine Zahlkarte ausstellte, aus seiner Aktentasche, die er neben sich liegen hatte, 1700 RM. in Papiergeld gestohlen.

Köln. Raubüberfall auf eine Tänzerin. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde ein Mann aus Dortmund, der hier in der Domstraße wohnte, festgenommen, weil er beschuldigt wird, auf eine Tänzerin in der Minoritenstraße einen Raubüberfall verübt zu haben.

Westdeutsches

Krefeld-Uerdingen. Uerdingen ehrt seinen Ehrenbürger Hindenburg. Die Stadtverwaltung Uerdingen und die Arbeitsgemeinschaft der Militärvereine hatten aus Anlaß des 85jährigen Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg, der seit 1917 Ehrenbürger der Stadt ist, diesem ein Glückwunschschreiben übersandt, in dem u. a. mitgeteilt wurde, daß die Stadt Uerdingen in Würdigung der historischen Großtat des Reichspräsidenten einer Uerdinger Straße den Namen Tannenbergstraße gegeben habe. Der Reichspräsident hat in einem persönlichen Antwortschreiben seinen Dank ausgesprochen.

Hamborn. Selbstmord. Der 31 Jahre alte Anstreicher Robert Mülshorst aus der Moritzstraße in Hamborn brachte sich in der Wohnung eines Bekannten, wo er sich besuchsweise aufhielt, mit einer Pistole einen Schuß in die rechte Brustseite bei, der seinen Tod zur Folge hatte. Was den Mann in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Oberhausen. Großfeuer in einer Lack- und Farbenfabrik. Abends gegen 8 Uhr entstand im Lager der Lack- und Farbenfabrik Bols u. Rösemann ein Großfeuer, das erst bemerkt wurde, als die Flammen schon zum Dachstuhl herausschlugen. Den bald eintreffenden Löschzügen gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Obwohl die benachbarten Möbellager verschont blieben, ist der entstandene Schaden sehr groß.

Mülheim (Ruhr). Selbstmord nach Unterschlagungen. In der Stadtkasse waren in letzter Zeit Unregelmäßigkeiten einer 32jährigen Angestellten festgestellt worden, als diese sich auf Urlaub befand. Als sie sich verantworten sollte, ging sie nach Hause und erschoß sich. Bei der Nachprüfung wurde festgestellt, daß sie in fünf Fällen von Steuerpflichtigen vom Postscheckkonto eingetroffene Gelder auf das Konto ihrer Mutter übertragen hatte. Die unterschlagenen Gelder belaufen sich auf 1330 RM. Ein Schaden ist der Kasse nicht entstanden, da die Mutter für die rückständigen Steuerbeträge zahlungspflichtig bleibt.

Münster. Der Prozeß gegen die Mörder Beisemann und Piekenbrink. Wie verlautet, sollen die beiden Mörder Beisemann und Piekenbrink noch in diesem Monat vor dem Sondergericht Münster zur Aburteilung kommen. Die Staatsanwaltschaft hat die Prozeßakten bereits dem Vorsitzenden des Sondergerichts zugeleitet.

Bielefeld. Der Rhedaer Polizistenmord vor Gericht. Vor dem Sondergericht begann am Dienstag der Prozeß gegen die beiden Verbrecher Wabbel und Kuczinski aus Bochum, die in der Nacht zum 10. September zwei Polizeibeamte in Rheda mit einem gestohlenen Auto anfuhren, wobei der Polizeibeamte Graffhorst tödlich verletzt wurde. Die beiden Angeklagten unternahmen mit gestohlenen Autos Einbrecherfahrten. Auf einer dieser Fahrten wurden sie von den beiden Polizeibeamten bemerkt, die versuchten, die Verbrecher aufzuhalten. Die Burschen störten sich aber nicht an die Haltesignale, sondern überfuhren die Polizisten mit etwa 80 Kilometer Geschwindigkeit. Nach Vernehmung der Angeklagten fuhr das Gericht zum Tatort in Rheda und vertagte dann die Verhandlung auf Mittwoch.

Siegburg. Vom Tankwagen getötet. Nachmittags kurz nach 3 Uhr hat sich hier ein tödlicher Verkehrsunfall zugetragen. Ein Motorradfahrer prallte beim Einbiegen in die Bonner Provinzialstraße in schneller Fahrt gegen einen Tankwagen, dessen Räder über ihn hinweggingen. Mit zertrümmertem Schädel und schweren inneren Verletzungen wurde der Unglückliche in ein Krankenhaus gebracht, wo er kurze Zeit später starb.

Gießen. An spinaler Kinderlähmung gestorben. In dem Kreisort Obbornhofen ist der sechsjährige Helmuth Koch an spinaler Kinderlähmung gestorben. Das Kind war nur ganz kurze Zeit erkrankt gewesen. Die Kreisgesundheitsbehörde hat alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Neuerdings ist die Krankheit auch in der Gegend von Nidda aufgetreten, wo in Oberschmitten zwei Fälle von Kinderlähmung bei einem elf Jahre alten Jungen und einem neunjährigen Mädchen festgestellt wurden.

Neustadt a. d. H. 2000 Vorschläge zur Taufe des „Neuen". Für die Taufe des „Neuen", die beim pfälzischen Weinlesefest in Neustadt a. d. H. vorgenommen wird, sind bis jetzt aus allen Gegenden Deutschlands schon mehr als 2000 Vorschläge eingegangen. Für den Ausschuß wird es deshalb nicht leicht sein, aus der Fülle der Vorschläge den treffendsten Namen für den diesjährigen Wein zu finden.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Ulmentod

Leverkusen-Manfort, 6. Okt. Die alte Ulme, die Jahrzehnte die Gezelinkapelle beschattete und sozusagen zum Bild der Kapelle gehörte, wurde jetzt gefällt. Auch sie ist ein Opfer der Ulmenkrankheit geworden. Sie hatte einen Umfang von etwa 3 Meter und eine Höhe von 30 Meter erreicht.

Der Redakteur der „Dorfzeitung" bestraft

Leichlingen, 6. Okt. Weil er es unterlassen hatte, anzumelden, wem die zur Herstellung der „Leichlinger Dorfzeitung" verwendete Schreibmaschine gehört und wo sich diese befindet, war der verantwortliche Redakteur und Verleger der „Dorfzeitung" in eine Geldstrafe von 50 RM genommen worden, wogegen er jedoch Einspruch erhoben hatte. An sich erkannte das Amtsgericht in der Einspruchsverhandlung diese Strafe als gerecht an; ermäßigte aber die Strafe auf 15 RM mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte Wohlfahrtsempfänger ist und eine Familie von sechs Köpfen zu ernähren hat.

Aufklärung von Einbruchsdiebstählen

Leichlingen, 6. Okt. Kürzlich waren hier mittels Einbruchsdiebstahls in einem Falle sämtliche Hühner und Kaninchen eines Einwohners, im andern Fall aus einem Keller sechs Zentner fertig verpacktes Obst entwendet worden. Der Polizei gelang es, als Täter einen Arbeiter und einen bereits bestraften Mann nebst Frau aus Düsseldorf zu ermitteln. Bei dem Leichlinger förderte die Haussuchung sogar eine geladene Schußwaffe zutage. Die Täter, die die Diebstähle bereits eingestanden haben, sind verdächtig, auch noch andre Diebstähle verübt und versucht zu haben.

Obstmarkt in Leichlingen

Leichlingen, 6. Okt. Wie schon seit Jahrzehnten, ist auch in diesem Jahr wieder der bekannte Leichlinger Obstmarkt, und zwar am 8., 9. und 10. Oktober. In Verbindung mit dem Obstmarkt, der wieder in der Turnhalle an der Opladener Straße untergebracht wird, sind je eine Sonderschau für Baumschulen, Schädlingsbekämpfung und Obstverwertung vorgesehen. Auch die übliche Geflügelausstellung findet an den Obstmarkttagen wieder statt. Das traditionelle Reit- und Springturnier, auf das man im Vorjahr verzichtet hatte, wird am diesjährigen Obstmarktsonntag auch wieder veranstaltet, selbstverständlich fehlt auch nicht die althergebrachte Obstkirmes.

Neuland an der Nordsee

Seit geraumer Zeit werden in Norddeutschland Pläne diskutiert, die sich mit einer großzügigen Landgewinnung, ja mit der Abdämmung und Trockenlegung des nordfriesischen Landmeeres beschäftigen. Diese teilweise phantastischen Pläne, die angeregt wurden durch den Bau und die Vollendung des bekannten Eisenbahndammes durch das Wattenmeer nach dem Seebad Westerland-Sylt und durch das Fortschreiten des großartigen holländischen Landgewinnungs- und Meliorierungswerkes in der Zuidersee, gewinnen in der letzten Zeit durch die Inangriffnahme des großen Problems der Arbeitsbeschaffung neu an Interesse. Es scheint hier ähnlich wie in der Frage der Trockenlegung des Frischen Haffes in Ostpreußen die Möglichkeit einer außerordentlichen Arbeitsbeschaffung für Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte zu bestehen, bei der — auf weite Sicht gesehen — die aufgewandten Mittel zu einem hohen Prozentsatz wieder hereinkommen und nicht verlustig geschrieben zu werden brauchen, wie es bei einer Reihe von amtlichen Plänen, z. B. der Abwrackung von Seeschiffen ohne Frage der Fall ist.

*

Die Bevölkerung der Westküste Schleswig-Holsteins wie auch der hannoversch-oldenburgischen ostfriesischen Küste führt seit Jahrhunderten einen erbitterten Kampf mit der Nordsee, der erst in den letzten Generationen durch die verbesserte Technik des Deichbaues und der Küstenbefestigung endgültig zu Gunsten des Menschen entschieden zu sein scheint. „Der blanke Hans nimmt und gibt." Während des ganzen Mittelalters reißen gewaltige Sturmfluten Tausende Quadratkilometer besten Bodens fort. Ganze Landschaften und Städte werden fortgewischt. Ihre Ueberreste sieht man bei niedrigster Ebbe stellenweise heute noch in den ausgedehnten Watten vor Nordfriesland und Dithmarschen. So geht das von Lilienkron besungene Rungholt im 15. Jahrhundert verloren. 200 Jahre später reißt in der gleichen Gegend eine gewaltige Flut die große Marschen-Insel Nordstrand in Fetzen. Zehntausende Menschen und Hunderttausende Stück Vieh ertrinken an der ganzen Küste von der dänischen Grenze bis zur Wesermündung bei der großen „Manndrenke" Anfang des 18. Jahrhunderts. Der heutige Badeort Büsum ist der dritte Ort dieses Namens. In den Zeiten zwischen diesen und anderen weniger bekannten großen Sturmfluten aber baut die „Mordsee" an anderen Stellen der Küste aus den Schwemmsanden, feinen Schlick- und Moorteilchen, die von der Weser, von der Elbe, von der Ems und von der Eider ins Meer hinausgetragen werden und aus Milliarden kleiner Kalkschalen von Muscheln, Schnecken und anderem Seegetier wieder fruchtbares Land auf, das durch Deiche, Lahnungen und andere Hilfsmittel in zähem, ständigem Ringen von den Menschen der Küste landfest gemacht und in Kultur genommen wird.

*

In den beiden letzten Generationen ist die uralte Technik der Landgewinnung an der Nordseeküste systematisch ausgebaut worden. Der Staat hat für den größten Teil der Küste die uralten Anlandungsrechte der bäuerlichen Deichgenossenschaften — in Dithmarschen „Hufschläge" genannt — erworben und gleichzeitig damit die Verpflichtung der Deichenhaltung und des Küstenschutzes übernommen. Hiermit ist nunmehr eine systematische Landgewinnungsarbeit und Landgewinnungsforschung an der ganzen Küste möglich geworden, die auch bereits erfreuliche Erfolge erzielt hat. Gleichzeitig zeigt die systematische Durcharbeitung dieses Problems der Landgewinnung an der Westküste Schleswig-Holsteins, daß hier die Möglichkeit für eine gewinnbringende Ausgestaltung besteht, die Tausenden von Arbeitslosen viele Jahre lang Arbeit geben würde und den Arbeitsmarkt damit einer ganzen preußischen Provinz wesentlich entlasten könnte.

*

Die Möglichkeiten, die in einem systematischen Anpacken der Landgewinnung an der Nordseeküste liegen, zeigt besonders stark eine Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft der Deichverbände an der Schleswig-Holsteinischen Westküste. Die Denkschrift befaßt sich nicht mit jenen phantastischen Plänen, die vielfach aufgetaucht sind und die insbesondere den Protest der schleswig-holsteinischen Nordseebäder hervorgerufen haben. An die Stelle eines mit ungeheuren Kosten verbundenen Abschlußdammes von Sylt nach Amrum über die Halligen nach der Marschen-Halbinsel Eiderstedt, der noch dazu auf allergrößte technische Schwierigkeiten stoßen würde, schlägt man die Fortsetzung und den Ausbau der bisherigen erprobten Methoden der Landgewinnung und der Eindeichung vor. Dieser Plan hat darüber hinaus den für die heutigen Zeiten ausschlaggebenden Vorteil, daß wesentlich mehr Leute an der gesamten Küste bei diesen Arbeiten angesetzt werden können, als bei der problematischen Abdämmung des nordfriesischen Wattenmeeres.

Die Landgewinnungsmöglichkeiten werden in der sehr beachtenswerten Denkschrift im einzelnen erörtert. Es wird in der Schrift darauf hingewiesen, daß das nordfriesische Inselgebiet die Möglichkeit bietet, die ein weitausgreifendes Vorrücken gleichzeitig vom Festland und von den Inseln und Halligen aus gestattet. Es handelt sich hierbei wie auch an der Eiderstedter und Dithmarscher Küste, der keine Inseln vorgelagert sind, um Arbeiten, die auf weite Sicht vorgenommen werden müssen. Außer den immer noch sehr kostspieligen Uferschutzmaßnahmen werden unter Ausnutzung der verschiedenen Strömungsverhältnisse in dem ausgedehnten Wattengebiet viele kleine Dämme und Buschlahnungen vorgetrieben, indem sich der wertvolle Schlick- und Humusboden und die anderen Schwemmstoffe des Meeres und der Flüße fangen und absetzen. Die Erfahrungen die man mit dem Bau des Hindenburgdammes nach Sylt durch das dort sehr niedrige Wattengebiet gemacht hat, lassen es als außerordentlich förderlich erscheinen, durch ähnliche Dämme die anderen Inseln landfest zu machen und an diese Dämme ein ausgedehntes Netz von Schlickfängern anzugliedern. In den wenigen Jahren seit dem Bau des Sylter Dammes hat nach Süden und nach Norden eine außerordentlich starke Anschlickung stattgefunden, die durch entsprechende Arbeiten gefördert worden ist. Gleichzeitig ist mit dieser Anlandung die Sicherheit des Landes wesentlich gestiegen. Ein gleiches würde ohne Zweifel auch bei den übrigen Dämmen, z. B. bei dem geplanten Damm nach der Insel Föhr eintreten. Durch ein derartiges System von Festlandsdämmen würde eine Aufteilung des ganzen nordfriesischen Wattenmeergebietes eintreten, die gleichzeitig die Landgewinnungsarbeiten außerordentlich fördern und die Kosten des Küstenschutzes wesentlich herabsetzen. Das auf diese Art gewonnene langsam deichreif gewordene Land würde ebenso wie die heutigen Marschen an der Nordseeküste von außerordentlicher Fruchtbarkeit sein, da nach diesem System sich auf die Sandbänke des jetzigen Wattenmeergebietes eine starke Schicht fruchtbarsten Schlickbodens lagern würde.

Südlich der Halbinsel Eiderstedt muß, wie bereits heute, der Kampf mit der Nordsee in direkter Front ohne den Schutz der Inseln geführt werden. Da wir uns hier aber im Mündungsgebiet der Elbe und der Eider befinden, bietet ein dementsprechendes Vorgehen auf den stellenweise über 20 Kilometer tiefen Watthalbinseln gute Aussichten. So phantastisch es scheinen mag, halten die Deichverbände, die sich auf eine uralte Erfahrung im Deichbau und in der Landgewinnung stützen, in entsprechender Zeit die Eindeichung der gesamten großen Ditmarscher Bucht für möglich.

*

Von größter Bedeutung ist, wie bei allen derartigen Arbeiten, natürlich die Kostenfrage. Nach dem Stande von Anfang 1931 werden von den Deichverbänden die Gesamtgewinnungskosten für den Hektar besten Landes auf etwa 4000 Mark geschätzt. In Betracht gezogen ist bei dieser Berechnung allerdings nicht die starke Einsparung an Kosten, die mit dem Fortschreiten eines derartigen umfassenden Anlandungs- und Bedeichungsplanes durch die Verringerung der Unkosten des Uferschutzes entstehen. Heute ist die Belastung der Küstenbevölkerung durch die Deichabgaben infolge der teilweise außerordentlich ungünstigen Deichziehung und der ungewöhnlichen Länge der See-Deichlinie sehr hoch. Jahr für Jahr wird von den Deichverbänden selbst rund eine Million Mark aufgebracht. Hinzu kommen die Aufwendungen des Staates mit wiederum einer Million Mark jährlich. Die Hauptkosten macht eine Reihe von Gefahrenpunkten an den Außendeichen, die durch eine derartige systematische Landgewinnungsarbeit und durch bessere Küstenführung nach Ansicht der Deichverbände beseitigt werden.

*

Die Art der Arbeit, die bei einer derartigen planmäßigen Landgewinnung an der Nordseeküste geleistet werden muß, ist für die Einrichtung des Arbeitsdienstes besonders gut geeignet, da der Prozentsatz der einfachsten Handarbeit hierbei außerordentlich hoch ist. Die Länge der Küste und die Ausdehnung des gesamten Werkes ermöglicht dabei gleichzeitig das Ansetzen von vielen tausend Arbeitslosen. Nach der Berechnung der Denkschrift kann durch derartige geeignete Maßnahmen auch die Wirtschaftlichkeit der Landgewinnungsarbeiten hergestellt werden. Der Plan der Schleswig-Holsteinischen Deichverbände entbehrt allerdings der Sensation, die das phantastische Projekt eines Verbindungsdammes über die westlichsten Inseln parallel zur Küste mit nachfolgender Trockenlegung von 90 000 Hektar Land hätte. Er baut dafür organisch auf der bisherigen Arbeit auf und bietet ernsthafte Möglichkeiten für eine Arbeitsbeschaffung auf Jahre hinaus, die von den zuständigen Stellen des Reiches und Preußens ernsthaft geprüft werden sollte. Gerade die Nordseeküste und ihr Hinterland bieten große Möglichkeiten für eine ernsthafte Arbeitsbeschaffung, die gleichzeitig bleibende Werte für die deutsche Nation und die deutsche Wirtschaft bringen würden

Das Wetter von heute und morgen

Heiter, schwachdunstig, nach kalter Nacht tagsüber wärmer, schwache wechselnde Winde um Süd.

Die Weinkönigin von Bacharach



In dem lieblichen Weinstädtchen Bacharach am Rhein wurde auch in diesem Jahre wieder eine Weinkönigin gewählt

Der Mord an dem Offenbacher Brotkutscher

5 Schüsse — Achtung: 100-Rentenmark-Schein

In der Mordsache Wagner hat die Polizei in Frankfurt jetzt einwandfrei ermittelt, daß die Tat zwischen 19.20 Uhr und 19.30 Uhr verübt wurde. Die Sektion hat ergeben, daß noch ein fünfter Schuß in den Rücken des Wagners abgefeuert wurde. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß höchstwahrscheinlich ein einzelner Täter, der einen Sportanzug und Sportmütze trug, in Frage kommt. Dieser Täter ist nämlich auch von einem neuen Zeugen gesehen worden, und zwar in dem Moment, als er von dem Wagen absprang, die Pferde antrieb und dann querfeldein in Richtung Offenbach lief. Unter dem geraubten Geld befindet sich auch ein 100-Rentenmark-Schein. Da diese Scheine heute selten sind, bittet die Polizei darauf zu achten, wer einen solchen Schein wechseln läßt. Die geraubte Tasche ist noch nicht gefunden worden

Das sechste Großfeuer in Brilon

Kaum hatten sich die Gemüter, die durch die erschreckende Anzahl der in Brilon ausbrechenden Brände in große Erregung gekommen waren, beruhigt, als schon wieder die Brandglocke um Mitternacht die Einwohner aus dem Schlaf riß. Das Haus des Landarbeiters Johann Tilly stand in Flammen und brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Feuerwehren mußten sich darauf beschränken, die angrenzenden Besitzungen vor dem Uebergreifen des Brandes zu schützen. Leider wurde auch ein Nachbar des Tilly, der Landwirt Alfons Hillebrand, schwer geschädigt. Aus Platzmangel hatte er bei Tilly 10 Morgen Erntevorräte untergebracht, die ebenfalls vom Feuer vernichtet worden sind. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Untersuchung ist eingeleitet worden

Um den Bahnbau Geldern—Oberhausen

Der Gelderner Kreistag nimmt den Etat an

In Geldern tagte unter Vorsitz des Landesrates Klüter der Kreistag Geldern, der in viereinhalbstündiger Beratung den Etat in Einnahmen und Ausgaben von 1 645 000 RM. einstimmig annahm. Das zu deckende Defizit beträgt 290 000 RM. Die Kreisumlage beträgt 90 Prozent. Der Wohlfahrtsetat schließt mit einer Summe in Einnahme und Ausgabe von 1 012 400 RM., davon beträgt die allgemeine Fürsorge allein 919 570 RM. Weiter wurde vom Kreistag beschlossen, das Gymnasium in Zukunft „Hindenburg-Gymnasium" zu bezeichnen.

Betreffs des Weiterbaues an der Bahn Geldern—Oberhausen wurde eine Entschließung angenommen, wonach das Reich und der Staat ersucht werden, mit dem Bau der Bahn unverzüglich fortzufahren, da sonst der Unterbau, der schon vor dem Kriege etwa 13 Millionen RM. verschlungen hat, in Verfall gerate. Seinerzeit war der Bau eingestellt worden, da er von der Botschafterkonferenz als „strategische Bahn" verboten worden war.

Der Wirtschaftskrieg im Westen



Ein typisches Bild aus einer holländischen Ortschaft an der deutschen Grenze: riesige Mengen Gemüse — vorwiegend Weißkohl — warten auf ihre Einfuhr nach Deutschland

3. Todesopfer der Walsumer Pilzvergiftung

Zwei weitere Erkrankungen

Die schwere Pilzvergiftung in der Familie des Bergmanns Kutzki in Walsum, über die wir bereits berichteten, hat ein weiteres Todesopfer gefordert. Abends ist Kutzki selbst im Krankenhaus gestorben, so daß von der Familie lediglich der 8jährige Sohn Walter noch lebt, der aber noch schwer erkrankt daniederliegt. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, haben auch zwei Verwandte der Familie Kutzki von den Pilzen gegessen, die ebenfalls unter Vergiftungserscheinungen erkrankt sind.

Letzte Funkmeldungen

In einer deutschnationalen Wahlversammlung im Städtischen Saalbau in Essen kam es Mittwochabend zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen dem Hauptredner, dem Reichstagsvizepräsidenten Graef, und zahlreich erschienenen Nationalsozialisten.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete Mittwochabend in Berlin acht Wahlversammlungen, bei denen es überall zu heftigen Lärmszenen und Störungsversuchen durch Nationalsozialisten kam.

Die 5. Strafkammer beim Landgericht 1 in Berlin verurteilte nach mehrmöchiger Verhandlung den Redakteur Dr. Lippert vom nationalsozialistischen „Angriff" wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Dr. Weiß und wegen übler Nachrede gegen Dr. Weiß und den Polizeipräsidenten Grzesinski zu drei Monaten Gefängnis; der angeklagte Redakteur Krause erhielt wegen der gleichen Vergehen fünf Monate Gefängnis.

Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern die angekündigte Schlichterbesprechung abgehalten. Die Schlichter rechnen mit einem weiteren Ansteigen der Neueinstellungen.

Zwischen dem deutschen Gesandten in Brüssel und der belgischen Regierung hat eine Aussprache über Eupen-Malmedy stattgefunden.

Oberleutnant a. D. Schulz hat gegen den Reichsbannerführer Major Mayr aufgrund von dessen Zeugenaussagen im Prozeß gegen die „Münchener Post" Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

Die offizielle Parteikorrespondenz des Bayerischen Bauernbundes beschäftigt sich unter der Ueberschrift „Warum bekämpfen wir nicht die Regierung Papen?" mit der Politik der Reichsregierung.

Der holländische Staatsmann Colijns erklärte gestern im Wirtschaftsausschuß der Völkerbundsversammlung, daß man nur mit einem großen Pessimismus in die Zukunft sehen könne.

Eine neue Partei, die Oesterreichische Nationale Einheitspartei ist nunmehr gegründet worden.

Wegen eines groß angelegten Wohltätigkeitsschwindels wurde in Wien der Gründer des Reichsverbandes der Arbeitsinvaliden, Wallner, verhaftet.

Bei Dieradz im westlichen Kongreßpolen stürzte ein Autobus in einen Fluß. Vier Insassen wurden getötet, sechs schwer verletzt.

Laut Havas soll das französische Parlament bereits Ende Oktober wieder zusammentreten.

In gutunterrichteten französischen Kreisen verlautet, daß die Regierung einen neuen Abrüstungsplan in Genf vorbringen werde, der eine Internationalisierung der Luftfahrt und regionale Verteidigungsforderungen vorsehe.

Die Pariser Morgenblätter sind anscheinend von dem Scheitern der Londoner Konferenz noch nicht unterrichtet. Herriot wird übereinstimmend aufgefordert, nach Möglichkeit überhaupt nicht nach London zu gehen.

Die Londoner Presse rechnet allgemein damit, daß die von MacDonald geplante Vier-Mächte-Konferenz über die Gleichberechtigungsfrage nicht stattfinden werde. Der „Daily Telegraf" erklärt, die Haltung Frankreichs und Deutschlands sei derart, daß man in London keine Hoffnung mehr auf das Zustandekommen habe.

Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei faßte einen Beschluß zugunsten der Abrüstung. Henderson erklärte dazu, er kehre nach Genf zurück und werde sein Möglichstes tun, um befriedigende Ergebnisse zu erzielen.

Anläßlich der Kürzung der Unterstützungssätze ist es in vielen englischen Städten zu Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei gekommen. Aus Liverpool, North, Shefields und Belfast (Nordirland) werden größere Unruhen gemeldet.

Im amerikanischen Staatsdepartement ist man nach sorgfältiger Prüfung des Lyttonberichts mit seinem Inhalt vollkommen zufrieden.

Amtlichen Meldungen aus der Mandschurei zufolge, haben chinesische Freischärler sämtliche Verbindungen westlich von Tsitsikar gestört, sodaß die Stadt praktisch von der Welt abgeschnitten ist. Der Eisenbahnverkehr mit Charbin nach dem Westen ist unterbrochen.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



12

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

Eine Kostbarkeit auch war ihr Bein, das beim Schreiten aus dem kunstvoll geknüpften, seitlich geschlitzten Sarong hervorleuchtete. Und eine Kostbarkeit war ihr Mund, ihr kleiner, weicher, lächelnder Mund.

Mit dieser Frau trank Mac, tanzte mit ihr, lag ihr zu Füßen, huldigte ihr, beschenkte sie, betete sie an — und durfte sie doch nicht küssen.

Er war ihr verfallen, wie die Sünde dem Satan.

Aber Anthje Darijah war klug. Ihr Vater war Parse. Das vererbt sich auf Generationen.

Sie hatte die seltene Fähigkeit, sich jedem zu entziehen und doch den Anschein zu erwecken, als ob sie sich schenke. Sie konnte die Wogen der Leidenschaft himmelan türmen und an ihnen vorbeigehen, wenn sie brandeten und tosten.

Im Banne dieser Frau lag Mac. In ihm war Taumel. Er tanzte Nächte durch, nur um sie im Arme zu halten. Er trank und spielte, wenn sie nicht zugegen war. Er kannte nichts anderes als sie, deren bloßes Dasein schon seine Sinne umnebelte und ihn trunken machte, als ob er von jenem betäubenden Rauschgift genommen hätte, das sie Ganohsa nennen. Jeden Tag war er bei Ario Nahs, nun schon zum dreißigsten Male.

Aus diesem Taumel riß ihn ein Brief de Vries'. Nicht für immer, aber für Stunden.

Sein Leutnant meldete ihm die Gesundung Trautes und ihren Aufenthalt in Buitenzorg. Jede Woche sei er dort. Auch der bärbeißige Boos schlösse sich nicht aus. Es sei ein herzliches Einvernehmen, das sich zwischen allen gebildet habe.

Mac lachte auf. „Herzliches Einvernehmen — im Kafferngral!"

Und dann erwähnte de Vries beiläufig, daß es scheinbar in Kürze eine Ueberraschung geben werde. Sei da Besuch angekommen, ein Herr Calisch aus Djambi auf Sumatra. Uebrigens kurz nachdem er — der Hauptmann — abgereist sei. Frau Edith zeichne den Gast auffallend aus und Frau Hauptmann scheine zu schieben. Hoffentlich sähe man sich am Tage der Verlobung, da Calisch ja ein guter Bekannter von ihm — dem Hauptmann — sei, wie jener versichert habe. Der Brief schloß:

„So, das wäre alles, was ich mitzuteilen hätte. Heute abend fahren wir wieder nach Buitenzorg. Mopsen Sie sich nicht allzusehr in Ihrer Kulturenklave, verehrter Herr Hauptmann. Wenn ich an Benjoe Biroe denke, packt mich das große Grauen. Mich tröstet aber die Ueberzeugung, daß Sie mit der Zeit auch dort Schwung in den Laden bringen werden.

Ihr getreuer de Vries.

NB. Sonnenblatt läßt grüßen."

Den Brief zerriß Mac in tausend Fetzen.

„Wichtig! Sonnenblatt läßt grüßen. Ausgerechnet," — aber doch wenigstens einer von den vielen, der ihn nicht vergessen hatte.

Er warf sich auf die Couchette, daß sie in allen Fugen krachte.

Blase, verdammte! Ihn hierher zu verpflanzen, während sechzig Kilometer von Batavia Buitenzorg lag.

Buitenzorg! Dort schwamm man jetzt in Seligkeit und Sünden.

Er lachte wieder.

Nee, in Sünden nicht! Dazu waren die zu — zu — zu Na ja! Ein Eiskaffee und Himbeerwasser! Und obenaus schwamm Calisch.

Calisch. Das rote Tuch für den Toro. Calisch, den er vergessen hatte!

Was Wunder! Vergaß er nicht immer? Hatte er nicht auch sein Weib vergessen und Hannele und Kara und alles, was gewesen war in den letzten Monaten und Jahren?

Daran mußten die Sonne schuld sein oder der Split oder die halbnackten Leiber der braunen Frauen, die in der Sonne glänzten, wie antike Bronze und biegsam waren, wie die Bambusrohre.

Die braunen Frauen! Wie sie schreiten konnten, leicht graziös und doch voll Kraft, wie die Gazellen, wenn sie im Mondlicht durch das Glagahgras zur Tränke zogen. Und wie sie sich wiegen konnten zum Klang der Gamelangs, wie die Palmwedel im seufzenden Hauch der Nacht. Wie ihre Augen zu leuchten verstanden und ihre Lippen zu küssen!

Mochten sie selig werden in Buitenzorg im „herzlichen Einvernehmen." Sein Paradies war bei Ario Nahs.

Dahin ging er auch jetzt wieder, wie er jeden Tag hinging. —

Am vierzigsten Tage seines Aufenthaltes in Benjoe Biroe kam Traute mit Töchterchen und Diener an.

Sie hatte sich trefflich erholt, und Mac fand sie gut aussehend.

Eine Stunde lang freute er sich ihres Daseins, dann „hatte er einen Weg vor".

Traute hinderte ihn nicht. Sie hatte Hannele und den Hindu Kara, die genügten ihr. Den Gatten konnte sie entbehren und mußte ihn entbehren wochen- und monatelang.

Für den gab es eben nur eines, das sich lohnte: Die Nächte bei Ario Nahs, und nur eine, die ihn beseelte: Anthje Darijah.

* * *

Oft, wenn Mac seiner Frau am Morgen begegnete — zu anderen Tageszeiten kam es kaum vor — blickte er sie prüfend an.

Daß sie ihn nie sah und nie das Wort an ihn richtete, daß er für sie nicht existierte, tot war, konnte er dennoch und trotz allem nicht fassen. Es verdroß ihn und schmerzte ihn, weil es seine Eitelkeit verletzte. Selbst die aller Tugend bar sind, heischen Geltung. Er machte keine Ausnahme.

Deshalb stand es bei ihm fest, daß Trautes Nichtachtung einen Grund haben müsse, und den sah er nicht in sich, sondern in ihr.

Das rote Tuch flammte vor seinen Augen. Der Toro Calisch stand auf. Mac Leod war eifersüchtig.

Jetzt jagten ihn zwei Leidenschaften. Er wurde seiner Tage nicht mehr froh und die um ihn waren auch nicht. Traute am wenigsten.

Nichts ist nichts, und alles ist nichts, was diesseits des Ewigen ist. Das ist die letzte Erkenntnis der Weisen. Es ist auch die schwerste.

Stundenlang saß Traute mit gefalteten Händen und dachte der Worte ihres Dieners. Dieser Worte und auch jener anderen, die er in Buitenzorg zu ihr gesprochen, als er sie zum Bleiben zu bewegen suchte:

„Laßt ihn verkommen, Nonna. Man folgt nicht dem Wertlosen.

Hang zu Trunk und Hang zu nächt'gem Wandern,
Langer Schlaf, Verkehr mit Bösewichtern,
Gattentrennung, Wohnen auch bei andern,
Sind des Mannes Fehler, die das Weib vernichten.

Laßt ihn, Herrin. Betet zu Schiwa, daß er nicht wiederkommt. Er taugt nicht zu Euch.

Was hat ein regelloses Sein
Mit regelrechtem Tun gemein?
Es finden Dunkel sich und Helle
Auch niemals an derselben Stelle!

Ihr seid der Tag, er ist die Nacht. Geht nicht zu ihm, Herrin!"

Sie war gegangen und büßte nun, wie alle büßen müssen, die wider die Vernunft handeln. Das Schicksal warf seine kreisenden Ringe.

Jeder Tag nahm Mac ein Stück Menschenwürde.

Er wußte das Gefühl selbst nicht zu deuten, das zwischen Wut, Scham und Ekel lag und ihn ergriff, wenn er seine stille Frau sah, sein kleines strampelndes Mädchen, den ernsten Inder.

Von der Ordnung und Reinheit des Hauses fühlte er sich unangenehm bedrückt, und die gänzliche Unberührtheit seiner Hausgenossen von allem, was Java hieß, war ihm unheimlich.

Der Schuldige will andere schuldig wissen und fühlt sich nur unter Schuldigen wohl.

„Was hockst du hier und bohrst Löcher in den Himmel," herrschte er Traute an, als er eines Morgens infolge hohen militärischen Besuches eine Stunde vor der üblichen Zeit schon zum Frühstück die Veranda betrat und sie auf der Treppenstufe sitzen sah.

„Das ist der richtige Platz für eine Herrin, die Treppenstufe!"

„Ein Lump wird auch auf dem Thron kein König."

„Recht so! Wer sich selbst erniedrigt, soll erhöhet werden."

„Nein! Wer sich selbst erniedrigt, verdient, daß er bleibt, wo er ist."

„Dann bleibe!"

„Ich tue es und würde es begrüßen, wenn du es mir nachtätest."

„I sieh doch an! Möchtest wohl mit dem braunen Halunken allein sein oder dir einen weißen verschreiben können. Vielleicht den aus Sumatra?"

„Ich verstehe nicht. Aber wenn du mit dem braunen Halunken Kara meinen solltest, dann darf ich bekennen, daß ich so oft mit ihm allein bin und sein muß, als du es vorziehst, fern zu sein. Wie oft das der Fall ist, weißt du ja."

Mac beugte sich behaglich im Rohrsessel zurück. Zynisch antwortete er: „Sehr oft, gewiß! Es wird auch noch öfter der Fall sein."

„Bitte! Es hindert dich nichts. Betrachte dich als vollkommen ungebunden — — —."

„— — wie du dich als ungebunden betrachtest."

„— — und gehe die Wege, die du gehen mußt," vollendete sie den Satz, den er mit seiner Zwischenbemerkung unterbrochen hatte. „Einst kommt die Zeit, wo ich dich — anders sehe."

„Trennen wir uns, Verehrteste, damit du sie nicht zu sehen brauchst."

„Nein, noch nicht! Ich will sie sehen. Ich sehne sie herbei und erwarte sie an deiner Seite. Ich bin nicht so groß, daß ich mir diese Stunde versagen könnte. Ich bin auch nicht so groß, daß ich noch einmal zu verzeihen imstande bin. Amsterdam war das letztemal!"

„Du Aas," brüllte er sie an und schüttete die Tasse nach ihr aus.

Traute zeigte auf das durchnäßte Gewand.

„Mit jedem Tage kommt jene letzte Stunde näher. Du rast dem Abgrund entgegen."

Da sprang er auf und riß die Reitpeitsche aus dem Stiefelschaft. Aber noch bevor er zuschlagen konnte, hatte sie ihm Kara entwunden.

„Das ist nicht dieser Peitsche Bestimmung," sagte er ruhig und gab sie ihm zurück.

„Sie wird dich noch zu finden wissen, schwarze Kanaille. Dich und sie!"

Kara zuckte die Achseln.

„Man fürchtet einen Mann — kaum," sagte er, „einen Schatten nicht."

Und Mac ging mit vor Wut und Haß entstelltem Gesicht an ihm vorbei zum Dienst.

10.

Im Hause Ario Nahs drängten sich die Gäste. Nahs gab ein Maskenfest.

Er kannte sich aus in der Welt und vereinigte in dieser Nacht Köln mit dem Yoshiwara Tokios.

Er war ja niemandem verpflichtet und konnte sich Scherze dieser Art gestatten.

Dreihundertvierundsechzig Tage im Jahre freute er sich auf diese eine Nacht. Sie führte ihn in wenig Stunden im Geiste überall dahin, wo er in seinem bewegten Leben schon gewesen war. Er lebte rückerinnernd in allen Kulturstaaten der Erde.

Gleichzeitig triumphierte seine Beherrschtheit über die Schwächen seiner Umgebung. Er blieb, der er war und ließ nichts an sich heran: ein Asket des Lebens.

Er saß auf der Estrade des Saales mit untergeschlagenen Beinen wie ein Oberbrahmane und rauchte eine Gillanry nach der anderen. Seine lustigen Augen leuchteten über die Menschen hin, die in bunten Kostümen, fast ausschließlich Nationaltrachten, die seiner großen Sammlung entnommen waren, da unten durcheinander wirbelten.

Mac Leod, in der Uniform eines Tscherkessen, ging an ihm vorbei.

„Nun, Mac, die schöne Anthje immer noch nicht gefunden?" fragte der Parse.

Mac machte eine Bewegung, als ob er ihn nicht verstünde.

„Sie können die Maske ablegen, Mijnheer. Man erkennt Sie so und so. Es ist nur einer, der Mac Leods Figur hat und das ist er selbst."

„Wenn dem so ist, dann allerdings! — Gestatten Sie, edler Gastgeber, daß ich Ihnen Gesellschaft leiste?" antwortete Mac und ließ sich neben ihm auf der kostbaren Matte nieder. „Sie thronen hier wie ein König."

Ario nickte.

„Man übersieht den Saal und genießt mit den Augen."

„Das scheint Ihre Lieblingsbeschäftigung zu sein! Sagen Sie, warum tun Sie nie mit? Sie führen ein fürstliches Haus und erwecken den Anschein eines Einsamen."

„Nur den Anschein?" fragte Ario.

„Vielleicht sind Sie es. Ich weiß es nicht. Man kennt sich bei Ihnen nicht aus. Sie sind zugeknöpft bis zum Halsbündchen."

„Fühlen Sie sich nicht wohl bei mir?"

„Doch! Aber man wüßte gern, wer der ist, dessen Weine man trinkt."

„Er heißt Ario Nahs, Herr Hauptmann."

„Das weiß ich."

„Ist das nicht genug?"

„Es muß genug sein, da Sie nicht mögen."

„Alles darf ein kluger Mann zeigen," sagte Ario, „nur das nicht," und deutete auf die Stirn. „Und alles kann er verschenken bis auf sein Herz. Das muß er festhalten, wenn er bleiben will, der er ist."

„Weise, mein lieber Ario, sehr weise, aber scheußlich unbequem. So auf sich achten müssen, dünkt mich eine Tortur."

Da ging des Parsen Lächeln in ein genießerisches Lachen über.

„Müssen," rief er. „Ja, wenn man auf sich achten muß, dann wird man stolpern bei jedem Schritt. Das Entsagen muß uns ein Vergnügen sein, nicht eine Last. In der Erkenntnis der Welt und ihrer Dinge liegt das Geheimnis des Entsagen-Könnens."

„Also mit den Worten meines Dieners ausgedrückt: Nichts ist nichts und alles ist nichts."

„Richtig! — Sie haben ja auch in Ihrer Religion Gesetze und Gebote, die Bescheiden und Entsagen fordern. Im Abendlande nennt man das Befolgen dieser Gebote Tugend, bei uns Klugheit. Im Grunde kommt es auf eines heraus."

„Wie Sie Bescheid wissen!"

„Ich kenne drei Erdteile ziemlich genau: Asien, Europa und Amerika. Ueberall habe ich gefunden, daß alle großen Unternehmungen — so widersprechend es klingt — von Männern geschaffen wurden, die Entsagung übten."

„Na, na, mein Lieber! Bißchen viel behauptet."

„Bitte — es bleibt Ihnen unbenommen, das Gegenteil zu glauben," antwortete der Parse achselzuckend und griff nach der goldenen Dose, die auf einem Taburett stand. „Zigarette gefällig?"

„Danke, die Sorte nicht. Ihre Frauen in Ehren, aber Ihre Zigaretten! Nein, das ist Tierquälerei. Wenn Sie was Trinkbares hätten — —!"

„Habe ich." Er winkte seinem Leibdiener. „Den Lieblingswein von Mijnheer Mac Leod."

Der Djonkes huschte lautlos davon und Mac war sehr verwundert.

Dann winkte er einem anderen Diener.

„Suchen Sie Juffrouw Darijah," befahl er und auch dieser Diener verschwand ebenso lautlos.

„Enthaltsamkeit übe nur ich, mein lieber Leod. Meinen Gästen mute ich sie nicht zu. Die sollen genießen. Ich wäre unglücklich, wenn auch nur einer von ihnen bei mir das nicht gefunden hätte, was er erwartete."

„Hinsichtlich des Lieblingsweines darf ich skeptisch sein."

Ario lächelte ihn an und wiegte den Kopf wie eine Pagode. Nach längerem Schweigen sagte er:

„Eine Anthje Darijah finden Sie nur in Benjoe-Biroe bei Ario Nahs. Wenn er Ihnen dazu noch eine Pommery greno bietet, so tat er alles, was er konnte."

Damit erhob er sich und machte Anthje Darijah Platz, die auf der Estrade erschienen war.

Auf das Taburett zwischen die beiden, stellte der Diener die Gläser. Im silbernen Eiskübel stand der Sekt.

„Wie in Amsterdam," sagte Mac, aber Ario erwiderte: „Nicht so ganz! Es fehlen die Sophas," und schritt lächelnd davon.

Neben Mac hockte die kleine Kostbarkeit, die Anthje Darijah hieß, nieder.

„Was ist das — ein Sopha?" fragte sie. „Ist das ein so — so — und so?" Sie beschrieb es mit den Händen und erläuterte weiter: „Es ist weich und man kann darauf sitzen?"

„Ja, ein — so — so — und so ist ein Sopha."

„Das hat Nahs in seinem Zimmer stehen," verriet sie und lächelte verschmitzt.

„Schade, daß wir da nicht hingehen können."

„O nein, das ist nicht schade. Ich möchte nicht auf einem Sopha sitzen. Es ist so warm. Die Matte ist besser."

„Aber hart!"

„Sie können nur nicht richtig sitzen. Nahs sagt: Jedes Land habe seine Eigenheiten und die seien, wenn auch noch so verschieden, für jedes Land richtig, weil sie zweckmäßig seien. Es sei ebenso dumm von den Auslanders über unsere Sitten zu spotten, wie albern von uns, die der Fremden nachzuahmen.